

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Feil- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinsere werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Franz Bolorn; Druck: J. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Bismarckstraße 33-42. Telefon-Nr. 98 u. 89. Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

### Haushaltsplan der preussischen Staatsbergwerke usw. für das Jahr 1917.

Dem Landtage ist der Voranschlag (Haushaltsplan) der staatlichen Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für das Jahr 1917 zugegangen. Dieser Plan unterscheidet sich von seinem Vorgänger dadurch, daß nun versucht ist, die zu erwartenden Einnahmen, Ausgaben und Gewinne nach den wirklichen Verhältnissen zu schätzen, wie sie sich im Laufe des Krieges gestaltet haben. Der vorjährige Plan fußte in der Hauptsache auf die beiden früheren Etats. Nimmere sind die inzwischen bedeutend gestiegenen Produktpreise mitberücksichtigt worden und daraus ergibt sich für 1917 gegen 1916 eine voraussichtliche Zunahme der Betriebseinnahmen von 52,37 Millionen Mark bei den von preussischen Fiskus allein betriebenen und von 1,40 Millionen Mark bei den mit dem braunschweigischen Fiskus (Unterberg) sowie mit der fürstlich-schaumburg-lippischen Verwaltung (Stadthagen-Obernkirchen) gemeinschaftlich betriebenen Betrieben.

Von den erwarteten 53,74 Mill. Mark Mehreinnahmen entfallen allein über 46 Millionen auf die Steinkohlenwerke, über 5 1/2 Millionen auf die Erzbergwerke und Hütten. Von den Braunkohlengruben (es handelt sich nur um einige kleine Betriebe) und von den Salzwerken, Salinen und Badeanstalten werden Mehreinnahmen veranschlagt. Leider werden wieder nicht die voraussichtlichen Förder- und Produktionsmengen angegeben, ein Mangel, der die Überprüfung des Etats sehr erschwert.

Zunehmend geht auch aus den gebotenen Uebersichten hervor, daß sich die deutsche Bergbau- und Hüttenindustrie trotz des Kriegesdrucks in einer guten Lage befindet. Die Förderung an Kohlen, Erzen und Salzen wird wieder geringer sein als in den Jahren vor dem Kriege; wie aber die nachfolgende Tabelle ausweist, sind die geschätzten Betriebseinnahmen 1917 bedeutend höhere. Nach den Haushaltsplänen der preussisch-fiskalischen Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung sollte bezw. folgen:

Jahr	Ordentliche Betriebseinnahmen in Mill. Mk.	Faulende Betriebseinnahmen in Mill. Mk.	Statt-überschuss in Mill. Mk.
1917	421 925 420	862 285 960	59 859 460
1916	368 184 140	315 293 660	52 896 480
1915	384 248 250	308 587 890	55 660 360
1914	352 257 810	301 150 790	51 107 020
1913	334 885 890	284 358 990	50 526 900

Danaach wird für 1917 gegen 1913 auf eine Mehreinnahme (trotz geringerer Förderung) von rund 87, auf eine Mehrausgabe von rund 77,7 und auf einen höheren Bruttoüberschuss von über 9 Millionen Mark gerechnet! Das Jahr 1913 war bisher das beste Ueberschussjahr für den preussischen Staatsbergbau.

Von den vorgenannten Bruttoerträgen sind in Abzug zu bringen die Extraausgaben („einmaligen und außerordentlichen“) für Betriebserweiterungen, Neuanschaffungen (Maschinen usw.), Grundstücksankäufe, Arbeiterkolonien, Beamtenwohnungen usw., ferner die Zinsen für aufgenommenen Anleihen und Tilgung derselben. Der diesjährige Haushaltsplan sieht an einmöglichen und außerordentlichen Ausgaben 16 428 000 Mark vor, 3 936 450 Mk. mehr wie 1916. Für Zinsen und Schuldentilgung müssen 15 525 051 Mk. ausgegeben werden. Von dem dann noch übrig bleibenden Betriebsüberschuss im Betrage von 27 712 409 Mk. sind die Verwaltungsausgaben der Ministerialabteilung für das Bergwesen, der Oberbergämter, der Bergakademien, Bergschulen, Berggewergerichte, Geologischen Landesanstalt usw. im Betrage von 5 922 960 Mk. zu bestreiten. Sodann bleibt ein Reinerüberschuss von 22 347 429 Mk., 1 498 065 Mk. mehr wie vorjährig, zu erwarten.

Wie diese Ueberschüsse nun und in den früheren Etatsjahren veranschlagt waren, zeigt folgende Tabelle:

Jahr	Betriebsüberschuss nach Abzug der Extraausgaben, Zinsen und Tilgungsbeträge	Reinerüberschuss nach Abzug aller Verwaltungskosten
1917	27 712 409 Mk.	22 347 429 Mk.
1916	26 275 000 „	20 849 264 „
1915	24 866 424 „	18 878 584 „
1914	23 377 215 „	17 945 065 „
1913	20 188 001 „	14 678 161 „

Nach dem Voranschlag soll für 1917 sogar noch ein höherer Betriebs- und Reinerüberschuss wie in dem besten Ueberschussjahre 1913 zu erwarten sein, obgleich nun, wie gesagt, mit einer niedrigeren Förderung und Produktion gerechnet werden muß.

Veranschlagt wurden für 1913 an Einnahmen der Steinkohlenwerke 257,5 Mill. Mk., tatsächlich belief sich die Einnahme auf 305,1 Mill. Mk.; für Erze waren 12,6 Mill. Mk. Einnahme veranschlagt, vereinnahmt wurden bald 16; die Salzbergwerke brachten statt der erwarteten 18 rund 19,8 Mill. Mark Einnahme. Der Betriebsüberschuss stellte sich um 15 1/2 Mill. Mk. höher als der Etatsanschlag vorjah und nach Abzug der außerordentlichen Ausgaben verblieb ein an die Hauptstaatskasse abgelieferter Reinerüberschuss von 35,1 Mill. Mk., während nur 14,6 Mill. Mk. veranschlagt waren. Diese Angaben zeigen, wie sehr vorzüglich die fiskalischen Voranschläge sind und wenn auch für 1917 nicht der gleiche Mehrüberschuss wie er sich für 1913 ergab, zu erwarten ist, so darf doch wohl auf einen höheren Reinertrag als der Haushaltsplan vorsieht, gerechnet werden, zumal wenn man die enormen Mehrüberschüsse der Privatwerke im letzten Jahre in Betracht zieht.

Von besonderem Interesse ist es natürlich für uns, zu erfahren, was die fiskalische Bergverwaltung an Arbeiterlöhnen auszugeben gedenkt. Ueber die Zahl der Arbeiter, der technischen und der kaufmännischen Beamten auf den preussischen Staatsbergwerken, -Salinen und -Hütten ist letztmalig im Betriebsbericht für 1914 Auskunft gegeben worden. Damals wurden durchschnittlich 84 802 Arbeiter, 2634 technische und 721 kaufmännische Beamte beschäftigt; im Jahre vorher waren es 105 847 bzw. 3145 und 799. Die militärischen Einberufungen im weiteren Verlaufe des Krieges haben die Belegschaft abermals vermindert. Wie stark sie gegenwärtig ist, gibt der neue Haushaltsplan nicht an, wir erfahren nur, daß „trotz geringerer Belegschaft“ für das Jahr 190 974 370 Mark Lohnausgaben (ohne die Ausgaben für Bauten) vorgesehen sind, 26 826 070 Mark mehr als für 1916! Der Haushaltsplan für 1913 rechnete mit einer Lohnausgabe von 150 977 210 Mark. So gewaltig auch die Gesamtsummen sind, der für 1917 vorgesehene Gesamtlohnbetrag ist doch nur 25-26 Prozent höher als der für 1913 veranschlagte. Die vorgesehene Lohnausgabe macht von den erwarteten Betriebseinnahmen rund 45 Prozent aus, nicht mehr wie 1913. Von den erwarteten Betriebsausgaben machen die vorgesehene Lohnkosten 52-53 Prozent aus, wieder nicht mehr wie 1913 veranschlagt wurde. Demnach wird laut Voranschlag die fiskalische Betriebswirtschaft 1917 verhältnismäßig nur dieselben Lohnklassen haben als 1913.

Natürlich ist ein Voranschlag stets nur ein Provisorium. Die tatsächlichen Verhältnisse können sich ganz anders gestalten. Aber es ist doch von erheblichem sozialwirtschaftlichen Interesse zu erfahren, daß der bedeutendste deutsche Bergwerksbetreiber, der preussische Fiskus, im dritten Kriegsjahre durch seinen neuen Haushaltsplan zu erkennen gibt, daß unsere Bergbauindustrie nach 2 1/2 Jahren Kriegs- und Feuerungszeit nur dieselben (verhältnismäßigen) Lohnkosten hat als in dem letzten Friedensjahre. Der Lohnanteil der Bergarbeiter von den Werkseinnahmen wäre mithin gegen 1913 nicht größer geworden.

gerungen gezogen, wir hätten den Kartoffelsumme von heute nicht erlebt. In vernünftigen Anregungen, es besser zu machen, hat es wirklich nicht gefehlt. Sagen wir es gleich: die Kartoffelknappheit ist die Folge davon, daß man an den maßgebenden Stellen diesen vernünftigen Anregungen aus dem Wege ging.

Mit der guten Ernte 1915 war so gewirkelt worden, daß sich kurz vor der neuen Ernte 1916 allgemeine Knappheit zeigte. Man wartete schon mit Schmerzen auf den neuen Erntertrag. Da setzte man mit einer Preisordnung ein, die einen Sturm des Unwillens schon damals hervorrief, weil man die Wirkung voranschätzte. In den Monaten August und September 1916 wechselten die Preise alle zehn Tage. Für die Zeit vom 1. bis 10. August war der Erzeugerpreis für Kartoffeln auf 9 Mark festgesetzt, dann auf 7, 6, 5 und 4 1/2 Mark. Letzterer Preis galt für Ende September. Vom 1. Oktober ab bis zum 15. Februar 1917 gilt der Preis von 4 Mk., um am 16. Februar wieder auf 5 Mk. zu steigen. Der Anreiz auf die anfänglichen hohen Preise und die Ausschichten in den nächsten Monaten weniger zu ernten, hat die Kartoffelproduzenten veranlaßt, den Markt mit Kartoffeln zu überschwemmen, als diese selbst nur unzureichend für eine Unterhaltung untauglich waren. Wir befinden uns wohl kaum im Irrtum, wenn wir behaupten, daß damals in kurzer Zeit jene Mengen Kartoffeln verfaulen und verderben, die uns heute fehlen, in der Voraussetzung natürlich, daß wir wirklich Mangel an Kartoffeln haben. Wenn am 16. Februar der Preis wieder auf 5 Mk. stehen wird und wenn die Witterungs- und Transportverhältnisse es zulassen, dann werden wir ja sehen, ob dann oder später von der letzten Ernte noch gesunde Kartoffeln genug da sind. Man hofft es und arbeitet, um zu beruhigen, aber das Unglück ist, daß man uns über den wirklichen Stand der Produktion weder zur Erntezeit noch heute etwas Bestimmtes sagen kann. Warum ist es so? Weil man ausreichende Vorkehrungen für eine solche Bestandesaufnahme nicht getroffen hat, obwohl Sachkenner die Möglichkeit einer solchen Aufnahme gegeben. Die Kontrolle des Bestandes aber hat sich von der Stunde an notwendig gemacht, als die Dauer des Krieges sich über ein Jahr hinausgeschob. In der sonderbaren Preisfluktuation und in der mangelnden Kontrolle und dann in der darauf folgenden und aus den genannten Schäden sich mit erheblichen wüsten Spekulation hat sich dann alles so entwickelt, wie wir es heute haben. Es haben gewiß auch noch andere Ursachen mitgewirkt, um den Kartoffelmangel von heute hervorgerufen. Wir erinnern nur da an den Anreiz, Kartoffeln an Vieh zu verfüttern, weil die erhebliche Vieh- und Fleischmangelung ein Verfütteln von Kartoffeln gewinnbringender gestaltet, als ein direkter Verkauf von Kartoffeln in einer Zeit, wo die niedrigeren Preise galten. Auch daß andere Futtermittel u. G. zu hoch im Preise stehen, mag das Füttern des Viehes mit Kartoffeln gefördert haben. Was sonst noch für die Verringerung von Kartoffeln spricht, kommt weniger in Betracht, die Hauptursachen des Kartoffelmangels sind mit vorstehenden Hinweisen deutlich genug angegeben.

Als der Reichstag im vergangenen Herbst sich mit der eingetragenen Kartoffelknappheit beschäftigte und an die Mittel ermittelte und solche zur Durchführung verlangte, die eine Erneuerung der bisher vorgekommenen betriebliehen Vorgänge ausschließen sollten, da hörten wir aus dem Munde des Präsidiums des Nahrungsmittelamts, daß er allzu ernste Sorgen habe, als den sozialistischen Staat einzuführen! Was damals von ihm und von der Regierung gefordert wurde, war Produktionszwang, Produktionsförderung, was die Kontrolle, die gerechte Verteilung der Nahrungsmittel, was die vernünftige Regelung der Höchstpreise, waren Forderungen, die schon anfangs des Krieges aufgestellt, aber nicht beachtet worden waren, waren Forderungen, um deren Erfüllung halber jetzt derselbe Herr v. Batocki ein Stück Weges zum Sozialismus beschreiten will. Seine neuen Pläne, die Neuorganisation der Kriegswirtschaft in der Ernährungsfrage vorzunehmen, Kriegswirtschaftsämter einzurichten, um so besser die Nahrungsmittelproduktion und -verteilung kontrollieren und im Interesse der Gesamtheit ausüben zu können, zeigt uns, daß der Herr Präsident den sozialistischen Gedankengängen Konzessionen machen muß, will er Besserung erzielen. Wir bedauern nur, daß ihm und den anderen maßgebenden Instanzen diese Erkenntnis zu spät kommt.

Ob es der wirkliche Mangel an Kartoffeln ist oder nur die beschränkte Zurückhaltung der noch vorhandenen Mengen durch die Produzenten und Großhändler, ob andere Umstände mitzureden, daß man sich veranlaßt gefühlt hat, jetzt die Kartoffelproduktion weiter heranzutreiben, wird sich noch später herausstellen. Wir stehen vor der Tatsache, daß die Kartoffelernährung jetzt so geregelt ist, daß vor allem die Arbeiter damit nicht einverstanden sein können. Nicht nur, weil sie für die Unterlassungssünden und direkten Schuldvergehen anderer büßen müssen, sondern weil vor allen Dingen die Arbeiterernährung auf eine Stufe gelangt ist, wo sie sich zu einer Gefahr entwickelt für unsere nationale Existenz, und das nach verschiedenen Seiten hin. Die Nahrungsmittelzuzunahme, besonders in den großen Städten und Industriezentren, ist so knapp geworden, daß jede weitere Beschränkung sich stark fühlbar machen muß. Sehen wir uns nur das rheinisch-westfälische Industriegebiet an. Hier schaffen hunderttausende von Menschen, die schwere und schwerste Arbeiten leisten, so daß es guter, anstrengender und zehrender Nahrung bedarf, um die Kräfte zu erziehen, die bei der Arbeit verloren gegangen sind. Das hat die Regierung auch veranlaßt, für die Schwerarbeiter besondere Nahrungszugestimmungen zu schaffen, aber das trifft nur auf einen Teil der Arbeiterschaft zu und was geschieht, ist nicht ausreichend genug. Es gibt aber noch im genannten Industriegebiet ein großes Heer von Arbeitern, deren Tätigkeit nicht oder nicht viel hinter der der Schwer- und Schwerarbeiter zurückbleibt, die aber nicht dazu gerechnet werden und deshalb von den Zugestimmungen der Zufügungen ausgeschlossen sind. Diese Schichten, die auf Gruben über Tage oder in den Fabriken schaffen, trifft die

### Die Kartoffelorgen.

Die Herabsetzung der bisher verteilten Kartoffelrationen auf den Kopf der Bevölkerung hat im rheinisch-westfälischen Industriegebiet unter der Arbeiterschaft eine lebhafteste Erregung ausgelöst. Diese Erregung nicht zu beachten oder gar abzuschreiben, würden wir für einen bedenklichen Fehler halten und wir halten es auch für verfehlt, wenn von amtlichen Stellen aus — wie geschehen — Äußerungen des Unwillens in der Arbeiterschaft als etwas hingestellt werden, was den Feinden in die Hände arbeitet. Daß das deutsche Volk seinen Feinden gegenüber eine geschlossene Masse bilden muß, daß Einmütigkeit herrschen muß in dem Gedanken, selbst große Opfer zu bringen, um nicht zu unterliegen, darüber ist man sich mit nur wenig beachtenswerten Ausnahmen auch in der deutschen Arbeiterklasse einig. Aber ebenso einig ist man sich in der Auffassung, daß diese Opfer um so eher getragen werden können, wenn alles daran gesetzt wird, bestehende Mängel zu beseitigen, die die Kraft und die Einmütigkeit des deutschen Volkes zu schwächen drohen. Will man diese Gefahr nicht aufkommen lassen, ist es nötig, daß auch die Kritik der bestehenden Mängel durch die verbreitetsten Maßnahmen hervorgerufen, durch andere und bessere Maßnahmen aber wieder zu beseitigen sind. Eine solche Kritik, auch wenn sie von berechtigtem Unwillen getragen ist, dient nicht dem Feinde, sondern dem eigenen bedrohten Lande. Das ist, was wir nicht laut und nicht oft genug aussprechen können. Wie stehen aber die Dinge?

Die Nahrungsmittelzuzunahme ist naturgemäß, veranlaßt durch den Krieg, insbesondere aber durch die Ein-

freihung Deutschlands durch seine Feinde, bei uns knapp geworden. Das hat zur Folge gehabt die Rationierung der Nahrungsmittel und damit die gesetzliche Einschränkung des Lebensunterhalts. Soweit diese Einschränkung erfolgt auf Grund wirklichen Mangels an vorhandener Nahrung, läßt sich dagegen nichts einwenden. Was nicht da ist, läßt sich nicht verteilen. Aber das kann doch gesagt werden. Soweit die Kartoffelverknappung in Frage kommt, kann von einem natürlichen Mangel keine Rede sein. Wenn sich hier Knappheit herausgestellt hat, so ist das auf eine Behandlung der Kartoffelversorgung zurückzuführen, die in Wirklichkeit den härtesten Protest der Verbraucher herausfordern muß. Die Kartoffelversorgung in Deutschland bildete in der Kriegszeit eine einzige Tragödie. Wir, die wir in Deutschland in Friedenszeiten nach Schätzung dreimal mehr Kartoffeln produzierten, als für Nahrungszunahme gebraucht wurden, wir stehen heute vor der Tatsache einer Kartoffelknappheit. Dabei haben wir 1915 noch eine gute Ernte gehabt und 1916 war sie, wenn auch vermindert, doch immer noch so, daß das Volk reichlich genug mit Kartoffeln versorgt werden konnte. Dazu aber war nötig, daß Vorkehrungen getroffen wurden, den Bestand und eine vernünftige Verteilung der Kartoffeln zu sichern. Die weit größte in Tätigkeit gewesen sind, um beides zu verhindern, wie weit dieses wichtige Nahrungsmittel Objekt wilderster Spekulationslust wurde und wie dadurch ungeheure Mengen Kartoffeln zugrunde gerichtet wurden, dafür lagen 1916 gewiß genug Erfahrungen vor, um hieraus die nötige Anbahnung zu ziehen. Das wilde Geschäft der Spekulation hatte ja schon mit dem Kriegsanfang begonnen. Gätten sich die maßgebenden Instanzen, die über die Nahrungsmittelversorgung zu wachen hatten, diese Erfahrungen zur Kenntnis gemacht und die nötigen Fol-



Verabreichung der Rationen am schlimmsten und schlimm genug auch jenen Teil der minderbemittelten Bevölkerung, der weniger schweren Arbeiten nachgeht, aber doch auf die ihm zugeteilten Nahrungsmengen angewiesen ist und die nicht begünstigt genug sind, sich neben den rationierten noch andere Nahrungsmittel zu verschaffen, wie das die besser situierten Leute in der Lage zu sein. Die letzteren kennen fast durchweg auch heute keine Nahrungsmittelnot. Wer heute Geld hat, der braucht nicht zu entbehren, am allerwenigsten hungern. Und doch sollte es so sein, daß wenn Nahrungsmittelmangel da ist, alle entbehren, diejenigen, die nicht arbeiten, mehr, die anderen, die in schwerer Beschäftigung körperliche Kräfte draufsetzen, weniger. Das wäre ein vernünftiger Zustand, heute aber ist es umgekehrt. Wir begnügen uns schon, wenn einigermaßen nach dem alldeutschen Grundgesetz verfahren würde: Alle sollen das Gleiche erdulden, alle das Gleiche ertragen...

Nach der festgesetzten Rationierung erhalten die Arbeiter täglich zu ihrer Hauptnahrung zusammen knapp ein Pfund Brot und Kartoffeln! Während im Frieden der Durchschnittsarbeiter täglich etwa zwei Pfund Kartoffeln verbrauchte, sind ihm diese auf ein Pfund, dann auf 2/3 Pfund und jetzt knapp 1/2 Pfund festgesetzt worden. Mit dem Brote ist es ähnlich so. Das Fleisch kommt in so geringen Mengen in den Wohnungen der Arbeiterfamilien vor, daß man das Tagesquantum nur mit geringen Grammzahlen berechnen kann. Sehr knapp ist auch die Vermessung von Graupen, Leigwaren, Grieß, die viele andere jetzt völlig fehlende Nahrungsmittel ersetzen müssen. Also bleibt nur noch übrig, Gemüse heranzuziehen. Man ist dann auch hergekommen und bietet Steckrüben als Ersatz für die fehlenden Kartoffeln an. Uns wäre natürlich lieber, die Steckrüben könnten auch heute noch ihren früheren Zweck, was auch nur mit dem nötigen Mehlsatz möglich war. Doch wenn nicht anders, müssen auch Steckrüben gegessen werden, aber als Ersatz wichtiger Nahrungsmittel, wie es Kartoffeln und Brot sind, können sie nicht dienen. Kartoffeln sättigen, man wird sie nicht leid, Brot kräftigt, es ersetzt verlorene Kraft; Steckrüben aber füllen nur den Magen, zu oft genossen, werden sie appetitwidrig und machen die Menschen schwach und schließlich krank. Wer daran zweifelt, sehe hin auf die Schäden, in die Fabriken, gehe hin in die Gemeinden, wo die Schwerindustrie dominiert und die Berg- und Hüttenarbeiter zuhause wohnen. Man beobachte sie, spreche mit ihnen und dann wird man begreifen, wenn es hier und da zu verzweifelten Schritten dieser entbehrlichen Menschen kommt. Wir in den Organisationen erleben ja allerhand; wir haben Gelegenheit genug, die Wirkung schlechter Volksernährung an Ort und Stelle zu studieren. Wir wünschen, andere hätten Zeit und Sinn für solche Orientierung, dies wünschen wir hier vor allem solchen Leuten, die mit über das Schicksal der Volksernährung entscheiden. Steckrüben kann man essen, man kann sogar, wenn man das Geld dazu hat, um die nötigen Zutaten zu kaufen, ein delikates Essen aus ihnen bereiten, aber unter den Umständen, wie sie von Arbeitern zubereitet werden müssen, reichen sie nicht aus, um die volkswirtschaftliche Kraft aufrecht zu erhalten. Besser wäre es gewesen, wenn die Landwirtschaft veranlaßt worden wäre, statt der Steckrüben für Menschen, andere und bessere Nahrungsmittel für diese anzubauen, wenn mehr auf den Anbau notwendiger Nahrungsmittel geachtet worden wäre, als auf die Billigkeit und leichtere Gewinnung der Steckrübenprodukte. Auch hier ist genügend Grund.

Aus den angeführten und auch noch aus anderen Gründen heraus wenden wir uns gegen diese Art Regelung der Nahrungsmittelversorgung, die nicht einmal in Deutschland die gleiche ist und die jenen Teil der Bevölkerung am schwersten trifft, an deren Arbeitskraft die größten Ansprüche gestellt werden. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und anderen Industriebezirken ist man die Ration auf 3 Pfund pro Kopf und Woche, in Berlin, wo gewiß nicht schwerer gearbeitet wird als in genannten Gebieten, werden 4 Pfund angelegt, und in vielen Bezirken wird es in Deutschland geben, wo heute noch 5 Pfund und mehr Kartoffeln pro Kopf der Bevölkerung und Woche entfallen. Das ist eine in die Augen springende Ungleichheit, die sich noch dadurch erhöht, als weite Schichten, und zwar die Vorkriegsbesitzer, kein Verlangen danach haben werden und es auch nicht nötig haben, die Steckrüben mit wegzuziehen, um sie vor dem Verderben zu schützen.

An alles das erinnern wir, um zu zeigen, wo die Mißstände sich äußern und wir schreibe darüber, nicht um dem Feinde zu nützen, sondern dem Vaterlande, dem eigenen Volke zu dienen. Mit der Beilegung der Mißstände wächst unsere Kraft gegen die Feinde und unsere Vorlesungen zeigen, wo zugegriffen werden muß, um das, was sich als unhaltbar erwiesen hat, nicht aufkommen zu lassen. Wir sind der Meinung, daß trotz der Abwertung durch unsere Feinde an eine Ausbagerung unseres Volkes durch sie nicht gedacht werden kann, wenn wir nur im Lande alles daran setzen, um Ordnung in der Lebensmittelversorgung anzubringen zu erhalten, und wo sie fehlt, diese Ordnung geschaffend wird. Der Unwille des arbeitenden Volkes richtet sich viel weniger gegen den Nahrungsmittelmangel als solcher, da hat es sich darauf eingerichtet, und solange es eben geht, wird die Arbeiterschaft sich darauf einrichten, dem Lande zuliebe und der Verteidigung halber. Der Unwille richtet sich gegen die unverständlichen Ungerechtigkeiten, die sich in der Behandlung der Nahrungsmittelversorgung zeigen und wovon auch die Kartoffelversorgung einen Teil bildet. Hier ist dringende Abhilfe nötig.

**Volkswirtschaftliche Rundschau.**

**Überernährung.**  
Friedenskrieg hat vor dem Krieg eine nicht unbedeutende Rolle in der Volksernährung gespielt. Es war jedoch, daß sie zu einem allgemeinen Volkswirtschaftlichen Aufschwung und große Hoffnungen wurden, die sich jedoch als Illusionen herausstellten und sich in die Länge zog. Bei den Friedenskriegszeiten war die Nahrungsmittelversorgung durch den Krieg in die Länge gezogen, aber das Hauptproblem war die Verteilung der Nahrungsmittel. Es darf nicht verkannt werden, daß die allgemeine Versorgung mit Nahrungsmitteln und die Verteilung dieser Nahrungsmittel, die die Bevölkerung für einen Teil langem für die Friedenskriegszeit werden mußten, die die Bevölkerung für einen Teil langem für die Friedenskriegszeit werden mußten, die die Bevölkerung für einen Teil langem für die Friedenskriegszeit werden mußten...

Reiter aber kommt hinzu, daß auf dem Weltmarkt keine Preise gelten, wie das fast alles Verschiedene mit überhöhten Preisen, die heute in unnormalen Zeiten um das Zwanzigfache überhöht sind, ja sogar in einzelnen Fällen um das Hundertfache überhöht sind, und nicht das geringste, die Friedenskriegszeit, sondern das, was die letzten Jahre der Weltwirtschaftlichen Krise zu tun hat. Im großen Weltwirtschaftlichen Zusammenbruch, der heute in der Welt herrscht, ist die Weltwirtschaftliche Krise zu tun hat. Im großen Weltwirtschaftlichen Zusammenbruch, der heute in der Welt herrscht, ist die Weltwirtschaftliche Krise zu tun hat...

„Kräfte“, von keiner Seite gestützt, erlaubt es einer kleinen Gruppe von Deuten, Riesengewinne zu erzielen. Dabei soll zwar nicht beklagt werden, daß bei Fischen, die aus dem Auslande eingeführt werden, die Preise zur Verteuerung beitragen. Aber damit rechtfertigt sich keineswegs die unheimliche Preissteigerung der einheimischen Fische.

Vor mehreren Wochen sind amtliche Instanzen eingekauft worden, die die gesamte Fischereifahrt aus dem Auslande zentralisiert, ebenso die Überwachung der Preisbildung und Verteilung der Ergebnisse des heimischen Fischfanges und der Fischkonzerne, übertragen bekommen haben. Es mag sein, daß sich hierdurch im Großhandel eine Preissteigerung und daß für einzelne Sorten Fisch im Kleinhandel eine geringfügige Preisermäßigung stattgefunden hat, die Käufer merken aber im allgemeinen von einer Verbilligung der Fischpreise nichts. Stint wurde in Potsdam für 1 Mk. das Pfund noch vor wenigen Tagen zum Verkauf ausgesetzt. Es ist das ein Fisch von Stichtlingsgröße an, der im ersten Kriegsjahr noch mit 15 Pf. das Pfund gekauft werden konnte. In Gelsenkirchen ist getrockneter Stint für 3,30 Mk. zu haben; Dale kosten bis 10 Mk. pro Pfund; wenn auch für einen geringen Teil und im Industriegebiet nicht, wie kürzlich in Halle 1 Mark verlangt wird, so ist er doch drei- bis viermal teurer als in Friedenszeiten, meist überhaupt nicht zu haben. Auffallend ist, daß ungeheure Mengen von Fischen vernichtet oder für Viehfutterzwecke ausbezogen werden mußten, weil sie verderben waren. So wird einer Gemeinde, die der Großstadt Essen einverleibt ist, nachgefragt, daß sie vor kurzem große Mengen Heringe und Rollmüsche auf den Schulhöfen fahren mußte. Ist das wahr, darf man wohl erfahren, wer die Schuld für diese Nahrungsmittelvernichtung trägt? Und man darf den Wunsch aussprechen, daß man dem Schuldigen dann auch gründlich an den Kronegen geht. Das ist nötig in einer Zeit, wo die meisten Arbeiter auf Fischnahrung und auch auf Heringe wegen der übermäßigen Preise verzichten müssen. Statt die Fische zu annehmbaren Preisen abzugeben, läßt man dies wertvolle Nahrungsmittel vielfach verderben. Da ist strenge Untersuchung und eventuell strengste Bestrafung am Platze.

**Das Pfund Mehl 3 Mark.**

Man schreibt der „Berliner Volkszeitung“: Ein Bäckermeister in Treptow hatte sich mehrere Zentner ausländisches Mehl zum Preise von 120 Mark für den Zentner zu verschaffen gemußt. Anstatt dieses Mehl in seiner Bäckerei zu verwenden, verkaufte er es an Hausfrauen zu dem Marktpreise von 3 Mark das Pfund, verdiente also am Zentner 180 Mark. Andere Hausfrauen, die davon erhaschen, haben erfreulicherweise gegen den Hausfrauenverein Anzeige erstattet.

**Soziales Recht — Arbeiterversicherung.**

**Keine Verlagerung der Invalidenrente bei Lazarettbesetzung.**  
Ein Kriegsteilnehmer erlitt am 27. Juli 1915 einen Kopfschuß und verlor dadurch die Sehkraft auf beiden Augen. Er wurde am 10. Januar 1916 aus dem Lazarett entlassen und stellte nun bei der Landesversicherungsanstalt den Antrag, ihm, da er dauernd invalide sei, die Invalidenrente vom 27. Juli 1915 ab zu gewähren. Die Versicherungsanstalt erkannte den Anspruch auf die Invalidenrente an, bezogte dem Verwundeten aber die Rente für die Zeit der Lazarettbesetzung. Sie berief sich auf § 1271 der Reichsversicherungsordnung, wonach eine Invalidenrente „für die Dauer des Heilversuchens ganz oder teilweise bezogen werden kann“ und machte geltend, daß ein von der Heeresverwaltung eingeleitetes Heilversuchen einem von der Versicherungsanstalt durchgeführten gleichzusetzen sei. Gegen die diesen Bescheid ausübende Entscheidung des Landesversicherungsamts legte die Versicherungsanstalt Revision ein.

Das Reichsversicherungsamt vertoort die Revision und erkannte den Anspruch auf die Invalidenrente auch für die Zeit der Lazarettbehandlung an. Der Standpunkt der Versicherungsanstalt, so führte das Reichsversicherungsamt aus, lasse sich schon mit Rücksicht auf den Wortlaut und den inneren Zusammenhang der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über das Heilversuchen nicht vertreten. Es sei auch unbillig, den Verwundeten, die durch die vor der Einberufung geleisteten Beiträge ein Anrecht auf die Leistungen der Versicherungsanstalt erworben haben, diese lediglich aus dem Grunde vorzuenthalten, weil die Versicherer für die Dauer des militärischen Heilversuchens in allen ihren Lebensbedürfnissen versorgt seien. Letzteres träte überdies mindestens für die deservierten Kriegsteilnehmer nicht zu. Es entspreche auch nicht der Ansicht des Reichsversicherungsamts, einen arbeitenden Verwundeten, die der Versicherer durch seinen Dienst für Reich, Staat oder Gemeinde erworben hat, die Leistungen der Invalidenversicherung auszuschließen.

**Nachrichten aus der Montanindustrie.**

**Neue Erzlager in Sülesten.**  
Der „Anzeiger für Jopien am Berge“ berichtet von der beabsichtigten Erschließung von Erzlagern, die sich im Zuge des Sülestenberges befinden und deren Vorkommen in mehreren Abzweigungen, namentlich am Zusammenstoß der Zobenbergkette mit dem Sülesten, festgestellt werden konnte. Der Rang der geognostischen Lagerbedingungen in dem in Betracht kommenden Gelände habe die Erschließung dieser Lagerstätte bisher verzögert und erst durch die in den letzten Jahren mit besonderer Intensität neu erzielte Aufschlüsse des Paläozoischen Heiderdorf-Schweibitz bei Heiderdorf-Niederndorf sei die Anwartschaft auf jene Erzagerstätte festgestellt worden. Es handelt sich dabei namentlich um ein am Fuße des Geiersberges vorhandenes Chromerzlager bei Lam-pobel. Aber auch an der anderen Seite des Sülestenberges bei Pfaffenborn ist das sporadische Vorkommen von Nickel- und Eisen-erz festgestellt worden, wie jene Gegend auch reich ist an Lehm, Sand, Kies, vor allem auch an Serpentin und Pajakt.

**Aus der deutschen Arbeiterbewegung.**

**Streiks im Friege.**  
Streiks und Ausperrungen im Friege haben ihre besondere Bedeutung, weil sie in dieser außergewöhnlichen Zeit das wirtschaftliche Leben erheblich stärker beeinflussen als im Frieden. England ist von solchen Streiks öfter heimgesucht worden. In Deutschland kam es nur zu Arbeitszeitverkürzungen öftlicher Natur. Jetzt liegen die aktuellen Forderungen für das 3. Vierteljahr 1916 vor. Aus ihnen ergibt sich, daß in dieser Zeit 75 Streiks stattfanden. Davon kamen 33 auf den Bergbau, 17 auf die Maschinenindustrie, 5 auf das Baugewerbe. Die übrigen verteilten sich auf die anderen Arbeitsgebiete. Im ganzen wurden etwa 100.000 Personen von den Streiks betroffen, davon waren mehr als die Hälfte Bergleute. Die familiären Streiks fanden noch im gleichen Vierteljahr ihren Abschluß und zwar hatten 5 einen vollen Erfolg, 45 einen teilweisen und 23 keinen Erfolg. Eine Ausperrung von seiten der Arbeitgeber fand in diesem Vierteljahr nicht statt.

**Internationale Rundschau.**

**Über die Unfallversicherung der österreichischen Bergwerksarbeiter.**  
Nicht jetzt der erste Jahresbericht vor. Bis zum Jahre 1915 bestand für die Bergwerksarbeiter Österreichs keine besondere Unfallversicherung, sie war — wie vor 1886 auch allgemein in Deutschland — mit den gewöhnlichen Versicherungsbedingungen verbunden. Am 1. Januar 1915 trat auf Grund des Unfallparagraphe 14 in der österreichischen Reichsverfassung — der diesmalig gemeinschaftlich angenommen wurde — eine besondere Unfallversicherung der Bergleute, als Teil unserer Unfallversicherungsgesetzgebung, in Kraft. Vorher wurde der Unfallversicherung der Bergleute (Anspruchsberechtigten) im Friege vor 3.704.283 Personen (1 Mann = 50 Pf.) überlassen. In Friedenszeiten betragen waren 5.049.976 St. eingeschrieben. Mit dem Friege des Jahres betrug die „Gesamtschadenhöhe“ auf 1.256.238 St. An Unfallleistungen wurden insgesamt 25.682 St. für Verwundete 107.490 St. gezahlt. Die durchschnittliche Entschädigung betrug 150,43 St. Anseher kann man, wie wir einem einleitenden Bericht unseres Bundesorgans, dem „Ständepunkt“, entnehmen, daß dieser Wert über die Summe der Verletzten und Verwundeten hinaus gegeben werden. Im Jahre 1915 waren bei der österreichischen Unfallversicherung 241 Betriebe mit 156.500 Beschäftigten und 2.200.000

festsetzt, die zusammen 200.241.802 St. Lohn und Gehalt bezogen. Unter den Verletzten befinden sich 8085 jugendliche Personen. Die Zahl der angemeldeten Unfälle betrug 10.724, von denen bei 18.870 keine Entschädigungspflicht eintrat oder nicht anerkannt wurde. Auf je 1000 Beschäftigte, sind entfallen:

Unfallversicherungskategorie	Unfälle mit tödlichem Ausgang	Entschädigungsbefähigte Unfälle	Unfälle, die nicht entschädigt wurden	Alle überhaupt
Unfallversicherungskategorie der Bergarbeiter:	1,50	22,57	108,72	132,79
Darunter:				
a) Steinofen	1,81	24,16	100,55	132,52
b) Brauereien	1,43	24,48	134,00	160,57
c) and. Mineral	1,46	13,50	59,88	74,79
Gruppe II Gütenwerke	0,87	21,16	103,80	125,83
Gruppe III Sonstige Betriebe, Nebenbetriebe, und fremd. Betriebe	1,00	18,46	83,77	102,23

Demnach ist die Zahl der Unfälle im österreichischen Bergbau erheblich niedriger als im deutschen. Der deutsche Bergbau steht mit der Zahl der Unfälle in Europa ziemlich an erster Stelle. Das ist kein Ruhmesstück für uns.

**Knappschäftliches.**

**Ein Erfolg organisatorischer Arbeit in Oberschlesien.**  
Der Einfluß der Bergarbeiter auf die Gestaltung der Verhältnisse im Oberschlesischen Knappschäftsbereich ist leider noch sehr gering. Die große Mehrzahl der Knappschäftler ist von Grubenbeamten besetzt und im Knappschäftsbereich sind nur unorganisierte Männer als „Arbeitervertreter“. Trotz dieser nicht zünftigen Zustände ist es den Bergarbeiterverbänden gelungen, mit Hilfe der Knappschäftler einen recht beachtenswerten Erfolg für die Knappschäftlerangehörigen zu erzielen. Das kam so:

Unsere Bezirksleitung unterbreitete im Juli v. J. den Organisationsvorstand in einer gemeinsamen Sitzung den Vorschlag, die im Bezirk vorhandenen organisierten Knappschäftler zu einer gemeinsamen Konferenz zu berufen, um mit ihnen zu beraten, damit für die organisierten Knappschäftler und Sozialisten sowie Mitbewerbern eine gemeinsame Konferenz abgehalten werden. Der Vorschlag wurde angenommen und eine Konferenz am 18. August abgehalten und dem Kameraden K. J. L. das einleitende Referat übertragen. Er unterbreitete der Konferenz den Vorschlag, an alle Knappschäftler mit einem Rundschreiben heranzutreten und zu fragen, ob sie bereit seien, ihre Unterschrift für einen Antrag an den Knappschäftsbereich zu geben, worin die Forderungen für die organisierten Knappschäftlermitglieder, die Invaliden und Witwen gefordert und die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung des Knappschäftsbereichs zur Beschlußfassung beantragt würde. Die Konferenz stimmte dem Vorschlag einmütig zu und wählte eine Kommission von vier Knappschäftlermitgliedern zur Erledigung der Vorarbeiten. Das Referat wurde am 17. August an 145 Knappschäftler und ihm wurde eine mit Freimärkte und Adressen versehene Postkarte zur Rückantwort beigegeben, damit sich die Herren Knappschäftler nicht lange zu bemühen brauchen und die Rückantwort sofort geben konnten. Es erklärten sich 81 Knappschäftler bereit, den Antrag zu unterschreiben, 22 erklärten nicht zu unterschreiben und 43 antworteten trotz beigegebenem Rückporto überhaupt nicht. Eine Mehrheit, wenn auch eine nicht sehr große, war durch diese Rundfrage festgestellt, so daß der Vorschlag angenommen wurde.

Interessant wäre es ja, die Rückantworten zu beleuchten, aber die Raumbeschränkung in der Zeitung läßt das nicht zu. Nur zwei seien als wichtige Dokumente herausgehoben. Der dem Knappschäftsbereich angehörende „Arbeitervertreter“ Theimerl-Königsgrube schrieb:

„Königsgrube, den 23. August 1916.  
Die Bilanz der Oberschlesischen Knappschäftlerklasse für das erste Halbjahr 1916, welche mir am 11. 8. 1916 zugeeignet wurde, sieht sehr ungünstig aus. Von wo wollen Sie die Mittel zur Verwirklichung Ihres Antrages hernehmen? Ich bitte um einen diesbezüglichen Bescheid.“ Theimerl, Knappschäftler.

Unser Verbandskammerad R. Schumann als Vorsitzender der Kommission, dachte: Was der Mensch braucht, muß er haben und gab Herrn Theimerl folgenden Bescheid:  
„Zaborze-Poremba, den 28. August 1916.  
Sie hatten die Güte, in Ihrem Rundschreiben auf unser Zirkular zu fragen, woher die Mittel zur Verwirklichung der Anträge genommen werden sollen und bitten um eine diesbezügliche Antwort. Darauf erwidere ich, daß diese Frage in den Verhandlungen mit den maßgebenden Instanzen zu erledigen ist und nicht mit Einzelpersonen. Die große Not der Kranken, Invaliden und Witwen erfordert, daß die Knappschäftler als Vertreter der Knappschäftlermitglieder schnell handeln, damit die Beratungen bald beginnen. Darum sei jetzt Ihre Rede ja, ja oder nein, nein. Was darüber ist, ist vom Hebel.“

Herr Theimerl fragte und antwortete auch nicht mehr, nur einen anderen Knappschäftler, seinen Amtskollegen Bed. Königsgrube, der sich bereit erklärt hatte, die Anträge zu unterschreiben, veranlaßte er, seine Zusage zurückzunehmen. Auch die Knappschäftler Majowski, Golombowski, Stalbania, Spallet, Ligon, Schefzyl und Kühnel, sämtlich aus der Nähe des Herrn Theimerl (von der Königsgrube und von der Königsgrube) weigerten sich, ihre Unterschrift zu geben, oder antworteten überhaupt nicht. Hier wirkte der Einfluß des Herrn „Arbeitervertreter“ Theimerl.

Nun sei noch die Karte von drei sehr artigen Knappschäftlern bekannt gegeben; diese lautet:  
Friedensgrube, den 28. August 1916.  
Zu dem Schreiben vom 17. d. M. können wir uns erst nach Rücksprache mit unserer Direktion äußern. Da Herr Bergwerksbesitzer Buch bereit ist, so werden wir Ihnen erst nach Ablauf von etwa zehn Tagen Antwort zukommen lassen.

Die Knappschäftler der Friedensgrube: Hellwig, Prosdok, Beschke.  
Was das nicht sehr brach? Weil der Herr Direktor nicht da war, konnten die Knappschäftler in einer für die Knappschäftlermitglieder wichtigen Angelegenheit nicht antworten! Wie die spätere Auseinandersetzung mit dem Herrn Direktor Buch ausgefallen ist, können wir uns lebhaft denken, denn es ist keine weitere Nachricht von den drei wackeren Knappschäftlern eingegangen. — Die weiteren Antworten werden wir uns aufbewahren, bis sich die einzelnen Herren später zu einer Antwort stellen.

Eine Mehrheit für die Anträge war gefehert. Am 8. September wurden sie mit einem Rundschreiben an die 85 Knappschäftler, welche sich zum Unterschreiben bereit erklärt hatten, versandt. Briefumschlag mit Freimärkte und Adressen versehen, wurden wieder beigegeben. Von den 85 Knappschäftlern unterschrieben 78 die Anträge und schickten sie zurück, während 7 umgefallen waren und nichts mehr von sich hören ließen. Man war gerade noch zu eben eine Mehrheit für die Anträge gefehert. Es brauchten aber nur noch vier wankelmütig zu werden und die ganze Aktion wäre ins Wasser gefallen. Aber so war die Mehrheit nicht gefehert und die Anträge konnten dem Knappschäftsbereich überreicht werden. Man konnte nun gespannt sein, welche Haltung der Knappschäftsbereich und die Bergwerksbesitzer einnehmen würden, denn es war in Oberschlesien noch nicht dagewesen, daß sich eine Knappschäftlermehrheit gefunden hätte für die Unterzeichnung einer außerordentlichen Generalversammlung. Die Angelegenheit ist nun erledigt. Die Bergwerksbesitzer haben in ihrem Urteil geirrt und zum Zweck der von den Arbeiterorganisationen angeregten Unternehmungen 2 Millionen Mark aufgebracht. Die zur Verfügung gestellte Summe wird voraussichtlich reichen, um den Invaliden eine monatliche Teuerungszulage von 5 Mark und den Witwen eine solche von 3 Mark im Jahr lang zu gewähren zu können. Auch das Haus- bezw. Brennholz wird für diese Zeit um 20-30 Pf. pro Tag erhöht. Die Witwen, deren Männer im Friege gefallen sind, erhalten die Teuerungszulage nicht, weil sie neben der Knappschäftler-Witwenrente die Rente auf Grund des Militärunterbienenengesetzes beziehen und dadurch um ein Bedeutendes besser gestellt sind als die anderen Witwen. Nicht auf diese Weise dem Verlangen nach Teuerungszulagen vorläufig Genüge getan ist, konnte von dem Ständepunkt der Generalversammlung abgesehen werden. Was zu geschähen ist, wenn die ausgerechneten 2 Millionen Mark aufgebracht sind und die Teuerung



nach weiter besteht oder gar noch ärger geworden ist, muß der Zukunft überlassen bleiben. Jedenfalls ist das Erreichte als ein Erfolg organisatorischer Arbeit anzusehen, woraus hoffentlich die Bergarbeiter ihre Schlußfolgerungen ziehen werden.

25 Jahre Norddeutsche Anwartschafts-Pensionskasse.

Der Geschäftsbericht der Norddeutschen Anwartschafts-Pensionskasse in Halle für 1915 gibt in einem kurzen Vorwort einen Rückblick auf die Gründung der Pensionskasse. Diese erfolgte, weil der Versuch verschiedener Anwartschaftsvereine Nord- und Mitteldeutschlands, ihre Zulassung als besondere Kassenrichtung für die reichsgesetzliche Invaliditäts- und Altersversicherung zu erwirken, keinen Erfolg hatte. Vom 1. Januar 1891 ab begann ihre Tätigkeit zuerst unter Leitung des Oberbergamts in Halle als Aufsichtskant, vom 1. Mai 1891 ab in eigener Verwaltung.

Die Zahl der Versicherten hat sich von 68 767 Ende 1891 auf 132 470 Ende 1915 erhöht, ist aber natürlich in den beiden folgenden Kriegsjahren zurückgegangen. Die Beitragsmethoden einschl. Krankenkassen sind in der gleichen Zeit von 6 813 841 auf 7 004 689 seitigen, die Einnahmen an Beiträgen und Zinsen von 805 713 auf 3 504 658 Mark. Diese betragen Ende 1915: 2 647 035 M. An Renten (mit Reichszuschuß) wurden 1891: 27 808 M., 1913: 2 187 133 M. ausbezahlt, für Seilberfahren zum ersten Male 1893: 252 M., 1913: 341 787 M. ausgegeben; hierzu treten noch Witwengeld und Waisenaussteuer und Ausgaben für die Verwaltung, Verzeugsgegenstände, Oberamtsversicherungsstellen usw., so daß für 1913: 2 757 870 M. ausgegeben wurden, für 1915 rund 3 000 000 M. Der Vermögensbestand hat sich von 806 018 M. auf 17 433 479 M. im Jahre 1913 und 19 187 209 M. im Jahre 1915 gehoben.

Der zweite Teil des Geschäftsberichts gibt eine Uebersicht über die Reichsfläche Südbayern, die 1915 von 216 Knappen und 333 Kriegern besetzt war, von denen 279 und 235 im gleichen Jahre wieder entlassen werden konnten, und eine Abhandlung von der Bedeutung der Volkshilfskräfte im Kampfe gegen die Lungentuberkulose vom ersten Direktor Stieber.

Mißbräute auf den Gruben. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Bedie Amalia bei Wern. Während die Gemeinden in unserer Gegend in der Woche vom 7. bis 14. Januar kein Gramm Butter oder Fett ausgaben, war die Bedie Amalia so glücklich, ein ganz bester Butter zur Verteilung gelangen zu lassen, aber nicht die Arbeiter erhielten sie, sondern die Weibchen, von denen einzelne mehrere Pfund erhalten haben sollen. Auf einigen anderen Bedien soll es ähnlich so gewesen sein. Auf Amalia sind auch Fische und Fleischstücke zur Verteilung gelangt, aber auch von diesen Nahrungsmitteln haben die Schwerarbeiter nichts zu sehen bekommen. Auf anderen Bedien gibt es Speck, Wurzeln und andere Nahrungsmittel, auf Amalia spricht man davon nichts. Aber in den Zeitungen kann man jeden Tag lesen, was alles für die Schwerarbeiter getan wird. Die Lohnverhältnisse könnten sich auch bald bessern.

Bedie Konsolidation III und IV. Beim Steiger Knüttung werden Löhne verdient, mit denen ein Auskommen unmöglich ist. Im November ließ er Leute mit 7,18 M. Lohn kaufen und im Dezember gingen Leute gleichfalls mit unter 8 Mark Lohn nach Hause. Die es betraf, müssen sich schon beim Transport ungemein quälen, da die Strecke schlecht in Ordnung ist. Ueberhaupt sind die Strecken derartig, daß in letzter Zeit zwei Leute durch Zusammenstoß verunglückt, einer tot, der andere schwer verletzt. Es ist fraglich, ob der letztere mit dem Leben davonkommt. Die Gefangenen, die bei uns arbeiten, werden sich einen schönen Begriff von der Ordnung machen, die auf unseren Gruben herrscht.

Bedie Gottfried Wilhelm (Hellinghausen). Es wird die höchste Zeit, daß sich die Grubenverwaltung mit dem Steiger Baumgärtner befaßt. Die Klagen der Arbeiter über sein Auftreten reichen nicht ab und kein Tag vergeht, wo es nicht zu Auseinandersetzungen mit diesem Herrn kommt. Vielfach ist die Ursache dazu in Lohnreduktionen zu suchen.

Bedie Königin Elisabeth, Schacht Hubert. Am 6. Januar verunglückte auf dieser Grube der Kamerad Horstmann. Begraben wurde er am 10. Januar, nachmittags 4 Uhr. Der Betriebsführer hing einen Anschlag aus, worin die Belegschaft aufgefordert wurde, sich recht zahlreich an dieser Beerdigung zu beteiligen. Zu gleicher Zeit machte er aber auch durch Anschlag bekannt, daß am gleichen Tage 1 1/2 Schichten verfahren würden. So kam es, daß es weder der Morgen- noch der Mittagschicht möglich war, der Beerdigung beizuwohnen. Mehr Mühsal sollte man seitens der Verwaltung auf die Belegschaft doch nehmen. Am Beerdigungstage fand Abkühlungszahlung statt, für die Morgenschicht von 6 bis 8 Uhr abends, das bedeutet doch nichts anderes, als einen indirekten Druck auf die Belegschaft zum Verlassen der Ueberbergschicht auszuüben.

Bedie Lothringen IV. Die Verg- wie die Zivilbehörden möchten sich doch einmal um die Nahrungsmittelverteilung auf hiesigem Schachte kümmern. So werden den Arbeitern weniger Nahrungsmittel verausgabt, als ihnen zugewiesen werden sollen. In der Weihnachtswoche gab es für jeden Arbeiter 150 Gramm Margarine, 175 Gramm aber waren ihnen zugewiesen. In der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr gab es statt 6 nur 4 Brotstücke, das ausgegebene Schweinefleisch in der zuletzt genannten Woche betrug 200 Gramm, aber die Belegschaft wurde darauf aufmerksam gemacht, sich das Fleisch beim Metzgermeister Cohn in Gerdte zu holen, was für viele Belegschaftsmitglieder, die in der Richtung Bochum wohnen, nur mit Geldlofen und großem Zeitverlust verbunden wäre. Kein Wunder, daß dann Leute nicht zu ihren Lebensmitteln kommen. Sehr schlecht steht es mit den Löhnen, von Hauwer werden solche von 7,50 M. verdient, was das heißt, zeigt das Bild der Menschen, wenn sie sich in der Kasse ausgegossen haben.

Bedie Hellinghausen II. Von Lohnsteigerungen ist hier wenig zu spüren, es sind Hauwer da, die sonst 9,00-9,50 M. verdienen haben, im Dezember aber nur noch 7,50 M. und darunter verdienen. Wie aber steht es mit den von den Bedien verteilten Lebensmitteln? Da wurden kürzlich einige Zentner Schweinefleisch ausgegeben, das Pfund zu 7,50 M., also eine Summe, für die man die ganze Schicht arbeiten muß! Für Wärmeläden sollten 2 Mark das Pfund gezahlt werden, für Widdelböhnen 1,55 M., erst als zu wenig Abnehmer sich fanden, setzte man für Wärmeläden den Preis auf 1,50 M.

Bedie Rhein-Elbe, Schacht I. Die Jüdelei steht hier in vollster Blüte. Es sind Beschwerden auf Beschwerden seitens unserer Ausschussmitglieder gemacht worden, aber immer zwecklos. Göchtiens zwei bis drei Tage geht es, dann ist wieder das alte System im Gange. Schuld sind hauptsächlich die „wirtschaftsrechtlichen“ Sicherheitsmänner und feindliche Ausschussmitglieder. Die Seilfahrt konnte auf der Morgen- und Mittagschicht, auch pünktlicher anfangen, aber weil gefehlt. Morgens geht es die Minute, des Mittags bei der Seilfahrt wird es gewöhnlich 10 bis 15 Minuten nach 2 Uhr, ehe der erste Stoch herausgeht.

Bedie Unter Brück. Hier nimmt das Strafwesen einen Umfang an, wogegen wir uns entschieden wehren müssen. Im Revier des Steigers Langenbach sind im November 1915 30 Mann, jeder mit 5 Mark wegen „Hörens unreiner Reden“ bestraft worden. Diese 30 Mann verteilen sich auf drei Parteien, sie sind mit 150 M. bestraft, ohne daß eine Untersuchung vorgenommen wird, wie sich das gehörte. Auch sonst wird für jede Kleinigkeit bestraft, so daß die Tafel sich manchmal zu klein erweist.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Glückauf - Friedenshoffnung - Grube. Die Lebensmittelversorgung liegt auf diesem Werk noch sehr im argen. Hauptächlich sind die Tagesarbeiter sehr in Mitleidenschaft gezogen. So erhielten wir vom Ende August v. J. bis 24. November 50 Gramm Speck pro Kopf, für jed 3 und 25 Gramm. Am 20. November gab es 80 Gramm pro Kopf, in der ersten Dezemberwoche gab es Margarine, Gerinac und Pöfelfleisch; da aber die Tagesarbeiter die Lebensmittelarten einen Tag später erhielten als wie die Arbeiter unter Tage, war nur noch das teure Pöfelfleisch für sie zu haben. Am 3. Dezember gab es Wehl, Graupen und Haferflocken, auch Speck war angekommen, letzterer für die Schwerarbeiter, aber auch die Weibchen erhielten Teil hiervon. Ob alle Schwerarbeiter dann berücksichtigt werden konnten, steht im Zweifel. In der ersten Januarwoche waren angeblich 15 Schweine geschlachtet worden; eine Familie von 3 Köpfen

erhielt für 46 Pf. ungefähr 1/4 Pfund. Die Löhne sind schlecht, es gibt Schichtlöhne von 2,85 bis 3,40 M. für Tagesarbeiter und die 30 Pf. Kriegszulage; bei der jährlichen Feuerung kann man sich denken, wie damit zu leben ist.

Königin-Luise-Grube. Die Karbidabgabe auf dieser Grube findet möglicherweise nur einmal und zwar Montags von 2 bis 4 Uhr nachmittags, statt. Wer aber häufig nicht an der Hand ist, das ist der Materialabnehmer K., der sich inzwischen anderweitig beschäftigt und die Leute bis 5 Uhr und noch länger in der Warte warten läßt. Kann diesem Skandal nicht dadurch abgeholfen werden, indem das Karbid an mehreren Tagen zur Ausgabe gelangt? Auch die Ein- und Ausfahrt bedarf einer besseren Regelung und zwar durch eine bessere Kontrolle, damit diejenigen, die zuerst ein- und zuerst ausfahren können, ebenso sollte das Mitschleppen von Gezüge auf dem Förderkorb während der Seilfahrt verboten werden. Die Strecken sind sehr in Unordnung und daher gefährlich, auch wünschen die Bergleute, daß ihnen die Arbeitsbedingungen an Sonn- und Feiertagen überbezahlt werden, wie das in anderen Betrieben vielfach der Fall ist.

Vom Hilfsdienstgesetz.

1. Die Lohnfrage.

Wiederholt muß auf den § 8 des Hilfsdienstgesetzes hingewiesen werden. Dort heißt es:

„Bei der Ueberweisung zur Beschäftigung ist auf das Lebensalter, die Familienverhältnisse, den Wohnort und die Gesundheit sowie auf die bisherige Tätigkeit des Hilfsdienstpflichtigen nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen; desgleichen ist zu prüfen, ob der in Aussicht gestellte Arbeitslohn dem Beschäftigten und etwa zu versorgenden Angehörigen ausreichenden Unterhalt ermöglicht.“

Hieraus geht ganz klar hervor, daß bei den Arbeitern oder Angehörigen, die einem bestimmten Betriebe überwiesen sind, darauf Rücksicht genommen werden muß, daß ihr Verdienst auch die Versorgung ihrer Familien deckt. Der verheiratete Arbeiter, der außerhalb seines Heimatortes arbeitet, hat naturgemäß doppelte Kosten, da er nicht nur sich selbst, sondern auch noch den getrennten Haushalt in der Heimat unterhalten muß. Die Angehörigen eines Hilfsdienstpflichtigen haben im Gegenfall zu denen der Kriegsteilnehmer, die auf Grund ihrer Wehrpflicht einberufen sind, keinen Anspruch auf die gesetzliche Familienunterstützung. Das soll aber nach § 8 des Gesetzes durch die Bemessung des Arbeitsentlohns des einzelnen Hilfsdienstpflichtigen ausgeglichen werden. Diejenigen, die sich ihre Arbeitstätigkeit im vaterländischen Hilfsdienst frei wählen, müssen natürlich zunächst selbst erwägen, ob ihnen dies außerhalb des Wohnortes ihrer Familie möglich ist. Aber auch sie haben nach dem richtig verstandenen Gesetz Anspruch auf angemessenen Arbeitsverdienst im Sinne des § 8. Den Betriebsinhabern, die auswärtige Arbeiter beschäftigen, muß dringend geraten werden, diesen einen Lohn zu gewähren, der nicht nur an sich angemessen ist, sondern den Arbeitern auch die Versorgung ihrer Familien ermöglicht.

Es liegt nicht im Sinne des Gesetzes, ja, der ihm zugrundeliegende große Gedanke könnte gefährdet werden, wenn sich jetzt herausstellen sollte, daß die Arbeitnehmer die Betriebsstellen, die sie überwiesen worden sind, allzuleicht nur deswegen verlassen, weil ihnen anderwärts bessere Arbeitsbedingungen geboten werden. Der Zweck des Gesetzes, alle Kräfte der Nation zur Kriegsbearbeitung aufzubieten, muß immer der oberste, alles beherrschende Grundgedanke bleiben. Es muß deshalb an den vaterländischen Sinn aller Beteiligten appelliert werden. Zunächst an die Arbeitnehmer selbst und diejenigen, die auf sie Einkäufe haben: auszuhalten, solange es geht, an der alten Betriebsstelle. Nicht minder aber auch an die Arbeitgeber: ihren Mitarbeitern genügenden Lohn zu geben und nicht etwa — was besonders bedauerlich wäre — einem anderen Betriebe die Arbeitskräfte durch ein In-Aussicht-Stellen höherer Löhne auszuspannen. Sowohl Lohnbrücker als auch Lohnretter sind gefährdet das Gesetz. (W.T.B.)

2. Ein Mißbrauch des Gesetzes.

Eine Berliner Kohlenfirma hat in ihren Geschäftsräumen ein Plakat ausgehängt, auf dem es hieß, daß sie sich zu den Hilfsdienstgesetz angehörten Betrieben rechne und sie weit auf Grundstellen der §§ 1, 9 und 18 des Gesetzes hin, wonach jeder Deutsche vom 17. bis zum 60. Lebensjahre zum Hilfsdienst verpflichtet ist und daß niemand einen solchen Pflichten in Arbeit nehmen dürfte, der nicht eine Beschäftigung seines letzten Arbeitgebers beibringe. Wer das dennoch tue, werde bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft. Die Plakatworte, so heißt es dann, sind angewiesen, der Geschäftsleitung von jedem unbefugten Austritt eines Hilfsdienstpflichtigen Mitteilung zu machen, damit alle derartigen Fälle in schärfster Weise verfolgt werden können.

Dieses Vorgehen der Firma wird selbst in Organen, die sonst nicht so sehr an Arbeiterunzufriedenheit kratzen, scharf kritisiert. So schreibt die „Neue Kreuzische (Kreuz-) Zeitung“:

„Das ist ein Mißbrauch des Gesetzes. Von dem wichtigsten § 9 wird nur der erste Absatz abgedruckt. Der zweite Absatz des § 9 gibt aber dem Arbeiter, dem der Arbeitschein erteilt wird, das Recht der Beschwerde an einen Ausschuss. Dieser Ausschuss, der sogenannten Schlichtungsausschuss, besteht aus einem Beauftragten des Kriegsamtes als Vorsitzendem und aus je drei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Der Ausschuss hat den Fall zu untersuchen und, wenn ein wichtiger Grund für das Ausscheiden des Arbeiters vorliegt, diesem einen Arbeitschein auszustellen. Als wichtiger Grund — dies steht im dritten Absatz des § 9 — soll insbesondere eine angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen im vaterländischen Hilfsdienst gelten. Wer nun durch verüßelten Abdruck des § 9 — also unter Weglassung der Absätze 2 und 3 — alle diese Bestimmungen, die zum Schutze des Arbeiters dienen, unterdrückt, der verläßt damit den Sinn des Gesetzes. Das Kriegsamt wird gewiß nicht dulden, daß sich ein derartiger Fall wiederholt. Wenn überhaupt solche Anschläge gemacht werden, müssen sie den Inhalt des Gesetzes sachlich und unparteiisch wiedergeben und dürfen nicht den Anschein erwecken, als sei durch das Gesetz der Arbeiter dem Betriebsinhaber auf Gnade und Ungnade verfallen. Das Gesetz ist im Interesse des Vaterlandes erlassen worden und ruft das ganze Volk zur Mitarbeit auf. Dabei ist in erster Linie auf die freiwillige Teilnahme der Hilfsdienstpflichtigen abgesehen und die bisherigen Erfahrungen haben den erwarteten Beweis erbracht, daß diese Teilnahme richtig war. Gewisse Beschränkungen der persönlichen Bewegungsfreiheit waren natürlich unumgänglich. Aber sie alle sind durch partiell besetzte Ausschüsse mit dem nötigen Rechtsgaranten versehen und ganz gewiß nicht bestimmt, dem einzelnen Arbeiter eine erhöhte Macht über seine Mitarbeiter zu verleihen. Daher verkleben Plakate, wie das angeführte, den Geist des Gesetzes und können nicht scharf genug gemißbilligt werden.“

Unsere Kameraden mögen die obigen Darlegungen sich gut merken.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zwei Zuschriften.

In Zuschriften aus den Kreisen der Kameraden, in denen sich diese über die Nahrungsmittelkalamität aussprechen, fehlt es nicht. Unter den Schreiben sind viele, denen wir Raum in unserer Zeitung nicht schenken können, weil ihre Veröffentlichung uns allerdings Schwierigkeiten bringen könnte. Wünschen möchten wir nur gewisse Behörden und Instanzen erhalten solche Schriftstücke, in denen die schwer schuftenden Arbeiter ihrem gerechten Herzen etwas Luft machen. Sie würden dann ein Stück Volkswilligkeit kennen lernen. Ein anderer Teil der Kameraden verlegt sich weniger auf die Kritik und auf das bloße Konstatieren, sondern sie empfehlen allerbald Mittel und Wege, wie man der Mißbräute in der Nahrungsmittelversorgung auf den Leib rücken bezw. diese abhellen kann. Auch solche Zuschriften geben uns zahlreich zu. Da ist ein Kamerad, der lange Zeit als Arbeitssoldat im Münsterlande bei den dortigen Bauern allerbald Studien gemacht hat, der aus den Früchten der Bauern kennt und der glaubt, eine Stelle gefunden zu haben, wo man den rentierenden Landwirt, der nur an sich, aber weniger an seine Mitmenschen denkt, an seine wunde Stelle setzt, um von ihm etwas zu erhalten. Dieser Kamerad schreibt:

„Da hat Hindenburg seinen bekannten Erlaß zugunsten einer besseren Ernährung der für die Kriegsdienstleistungen in Frage kommenden Arbeiter- und Schwerarbeiter herausgegeben. Mit Hindenburg tritt auch die gesamte Tagespresse für dieses Ziel ein. Ergänzungen, Re-

gierungspräsidenten, Landräte usw. hatten den Landwirten in den Bauernvereinen über die Notwendigkeit der Nahrungsmittelbeschaffung für die Industriearbeiter recht eindringliche Vorstellungen. Der Bauer liest heute die Zeitungen und hört sich auch die Reden geduldig an. Weil er gegen die Gründe nicht aufkommen kann, widerspricht er nicht, sondern nickt mit dem Kopfe und — beschließt im landwirtschaftlichen Verein die Beteiligung an der Hindenburg-Erbende. Deren Erträgnis entspricht aber bei weitem nicht den begabten Erwartungen. Um mehr herauszubekommen, greift man zu allerhand Maßnahmen. Nach wie vor müssen Gendarm, Polizist und Landsturmmann Haus und Scheune nach etwaigen verborgenen gehaltenen größeren Mengen Lebensmitteln kontrollieren.

Trotz Hindenburg, Zeitungen, Landräten und Polizisten denken viele Bauern doch noch viel zu viel zunächst an sich selbst. Das heißt den Bauern nun einmal im Blut und wird durch den immer mehr zunehmenden Schwindel, wonach inländische Produkte in dauernd steigendem Maße als „teure Auslandsware“ an den Mann gebracht werden, nur noch gefördert. Der durch den Krieg auf die Spitze getriebene Egoismus zeitigt leider gerade bei den meisten von denen, die etwas haben, die ungeschönsten Dinge. Davon ein Beispiel:

In der Ortschaft Speckhorn (Münsterland), in der durchwegs sehr wohlhabende Bauern und nur einzelne wenige Bergleute und Arbeiter wohnen, war angeregt worden, den aus dem Ort ins Feld gerückten Soldaten von Gemeindegeldern ein kleines Weihnachtsgeschenk zu machen und zu diesem Zweck freiwillige Gaben einzufordern. Die Bauern gaben aber wenig her und vielfach auch gar nichts, so daß man schließlich nur um etwas zusammenzubekommen, noch zur Veranstaltung von Wohlthatenabendem schreiten mußte.

Dabei kann sehr wohl noch bedeutend mehr aus den Bauerngegenständen herausgeholt werden. Zunächst alles das, was heute so nebenbei unter der Hand zu extra hohen Preisen und von den Händlern als „Auslandsware“ verkauft wird. Das sind gemaltete Mengen. Schwerer ist es schon, die Selbstzeuger zur Einhaltung der vorgeschriebenen für ihren eigenen Tisch geltenden Höchstquanten zu veranlassen. Auf dem Lande haben die bescheidenen Fleischer, Brot-, Milch- und Butterhändler wenig Geltung. In allgemeiner Lebensweise ist man sich an diesen heute so geschätzten Dingen zuerst einmal selbst ordentlich satt und was dann übrig bleibt, kommt für den Weidwiesenden und für die Städter in Betracht. Ein Mann, der der Bauer sich selbst, die Seinen und sein Vieh nicht allzuleicht vor den Schwer- und Schwerarbeiter vorbezogen soll, dann muß die heftige Kontrolle von Küche, Keller und Scheune aufs äußerste verschärft werden. Eine solche Kontrolle ist leider ja nicht nur bei den Bauern, sondern auch bei manchem wohlhabenden Städter zu haben. Außer der verschärfsten Kontrolle gibt es aber auch noch ein anderes sehr wirksames Mittel, die Bauern gezügelt zu machen, von dem man nur fragen muß, warum es nicht schon längst angewandt wurde, und dieses ist: Gibt der Bauer seine entbehrlichen Nahrungsmittel nicht heraus, dann bekommt er keinen Kunstbäcker. Diesen hat der Landwirt heute der geringen natürlichen Düngemittel wegen ganz besonders nötig. Dafür gibt er gern und billig ganze Schweine und mehr heraus. Kunstbäcker nimmt er für seinen Speck lieber als irgendwelches Geld. Warum soll diese Zwangslage, wo doch das ganze Volk unter einem Zwange lebt, im Interesse einer gerechten Verteilung der Lebensmittel nicht gegen widerpenigliche Bauern ausgenutzt werden? Man sperre dem Bauer, der das Entbehrliche nicht herausgeben will oder offensichtlich verbotswidrig absieht, den Bezug von Kunstbäckern. Das wird reine Wandel wirken. Die reichhaltigen Mengen Kunstbäcker, wie Kaffee, Ammoniak, Thomaamehl usw., über welche der Bergbau verfügt, sollten in der Hand der Bedien oder auch der Bedien zum Austausch gegen landwirtschaftliche Erzeugnisse verwandelt werden.“

Die zweite Zuschrift geht uns von einem Kallbergmann aus dem Saarrevier zu. Dieser wohnt in einem Landrevier und hat seine Auffassungen über Lebensmittelnot auch den Behörden mitgeteilt. Was er zur Abhilfe dieser Not vorschlägt, ist nicht alles neu, ist uns aus der Presse, aus Parlamenten bekannt, aber was der Kamerad schreibt, hat er wohl mehr aus dem eigenen Gefühl. Da ihm die Veröffentlichungen über die Lebensmittelfragen in seinem stillen Winkel weniger bekannt werden dürften. Daher geben wir einen Teil seiner Zuschrift wieder; er sagt:

„Zu den vielen Verordnungen und getroffenen Maßnahmen habe ich nur zu sagen, daß sie zum Teil das Gegenteil schaffen, als was sie bezwecken sollen. Der Regierung und den eigens im Kriege geschaffenen Instanzen fehlt die gründliche Initiative, die getroffenen Verordnungen zur Geltung zu bringen. Nach dazu muß ich haben. Sie sieht doch, wie Millionen Menschen sich beugen und mit jämmerlichen Verhältnissen, die durch den Krieg hervorgerufen, fürchten nehmen, weil sie mühsam. So gut wie diese Millionen sich tägen, so mühsam auch jene der Staatsmacht und den Kriegswirtschaften sich beugen, die heute das Gegenteil tun. Die ungeheuren Lebensmittelpreise stehen z. B. in keinem Verhältnis zu den landwirtschaftlichen Produktionskosten. Die Löhne auf dem Lande sind bei uns um 5-10 Prozent gestiegen, die künstlichen Düngemittel aus nicht so besonders. Dafür aber werden den Landwirten Gefangene zugeteilt, über deren Entlohnung ich nicht schreiben will, aber daß den heutigen Anzeichen mehr gekürzt werden muß, das kann beauptet werden. Nicht umsonst ist bei uns der Versuch gemacht worden, Gejangene an Stelle deutscher Arbeiter zu setzen und erst auf Bewährung hin mußten die Bauern das unterlassen. Das spricht doch nicht für eine Steigerung der Arbeiterlöhne auf dem Lande, die die Feuerung rechtfertigen könnten. Bezüglich des künstlichen Düngers behält sich der Bauer mit billigen Gütern, z. B. Kalisalz. Was der Bauer mehr infolge der wirklichen Steigerung der Produktionskosten auszugeben hat, das wollen wir ihm gern zahlen, aber wenn er für seine Produkte 100-300 und mehr Prozent mehr erhält wie früher, so führt das dazu, daß er solche Produkte nicht an denen er das meiste verdient. Hier gibt es Güter, die früher tausende Zentner Karstoffeln veräußerten, diese aber jetzt selber zu kaufen. Hier müßte Produktionszwang eingeführt werden und eine nach Staffeln geregelte Kriegsteuer für die Landwirtschaft eingeführt werden. Daß es gefährlich ist, den Ageriern an den Geldbeutel zu kommen, ist schon wahr, aber wenn der Staat Geld braucht, in der Landwirtschaft kann er es heute haben.“

Um der Fleischnot zu steuern, schlägt ich vor, daß für Kälber für eine Zeit ein Schlachtabstopp ausgesprochen würde, wer dieses Vieh nicht aus eigenem ernähren kann wegen Mangel an Futtermitteln, dem soll der Staat das Jungvieh nehmen und dieses soll in den ungeheuren Staatsforsten untergebracht und genährt werden. Wege, Triten liefern auch Winterheu. Nach einem Jahr der Entbehrung gibt's Fleisch. Der Ziegenzucht muß mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Ich habe drei Ziegen und trotz Frostnütterung habe ich in der Woche 1 1/2 bis 2 Pfund schöne Ziegenbutter, die fetter ist, wie beste Moskireibutter. Dazu habe ich noch Milch zum Kaffee und Milchspeisen. Ebenso wünsche ich Verbesserung der Rindfleischnot.“

Die Schweinemast liegt leider infolge Futtermangel im argen, aber sie könnte in etwa gehoben werden. Wenn man die Schweine im Herbst in die Wälder treibt, wo sie Eicheln, Bucheckern, Bärme, Insekten, Raupen u. a. vorfinden. Das ist ja schon von oben her empfohlen worden, aber da muß man mit Zwangsmitteln nachhelfen. Wert muß auch auf die Urbarmachung von Brachland gelegt werden, welches ist noch übergenau da. Und in den Wäldern schafft die Natur alle Jahre ungeheure Werte, die die Menschheit auszunutzen könnte, die aber verderben, weil sich niemand um sie kümmert. Man gehe im Sommer nur in den Wald und sehe sich alles an und dann erwäge man, was zu gebrauchen ist. Es wird nicht wenig sein. — So, das ist, was ich zur Nahrungsmittelfrage zu sagen hätte.“

Nicht alles, was es Kamerad uns da vorschlägt, läßt sich so leicht durchführen, wie es geschrieben wird. Aber wir freuen uns, wenn sich Arbeiter den Kopf zerbrechen, wie es besser gemacht werden kann, von Zeit zu Zeit, den Wünschen der Belegschaften entsprechend, Erhebung der Löhne beantragt. Hierzu waren die Arbeiter berechtigt, werden sollte.

Wie es auf den südlichen Ruhrgruben aussieht.

Im Lindener Bezirk — so schreibt uns ein Kamerad — haben seit Kriegsbeginn fortgesetzt Lohnfreitigkeiten zwischen Arbeitern und Behördenverwaltungen stattgefunden. Die Arbeiterausschüsse haben von Zeit zu Zeit, den Wünschen der Belegschaften entsprechend, Erhebung der Löhne beantragt. Hierzu waren die Arbeiter berechtigt,



weil die Löhne bei weitem nicht so gestiegen sind, wie auf den nördlichen Bezügen, auch nicht, wie die amtliche Lohnstatistik angibt, trotz der Kohlenpreiserhöhungen. Ausserdem bemerkten, dass durch das viele Liebersteinsverfahren ihr Lohn pro Schicht niedriger wurde. Von dieser Seite waren von 47 Arbeitern der Lohn von 8 Monaten vor Kriegsbeginn und der von 8 Monaten nach Kriegsbeginn verglichen. Danach hatten nur 12 von diesen 47 Arbeitern in der Kriegszeit den gleichen oder etwas höheren Lohn verdient, wie in der gleichen Zeit vor Kriegsbeginn. Die Löhne der übrigen 35 Arbeiter sind zum Teil sogar sehr erheblich gesunken. Obwohl die 47 Arbeiter in der Kriegszeit 57% Schichten mehr verjahren wie in der gleichen Zeit vor Kriegsbeginn haben sie nur 2257,14 M. mehr verdient. Der durchschnittliche Lohn sank von 8,06 auf 5,93 M. pro Schicht. Man hat sich dann bequem, den Lohn etwas auszubessern, aber immer nicht den Verhältnissen entsprechend. Nach der amtlichen Lohnstatistik stellte es sich heraus, dass der Lohn im Jahre 1915 im Essener Bezirk 85 Pf. pro Schicht höher stand, wie im Wittenener Bezirk und 66 Pf. höher wie im Gattinger Bezirk. Im 1. Vierteljahr 1916 war die Differenz noch höher. Im Essener Bezirk war der Schichtenverdienst gegen das Wittenener Gebiet um 95 Pf. höher, gegen das Gattinger um 71 Pf.

Um die Arbeiterauschüsse mit ihren berechtigten Lohnforderungen abweisen zu können, gebrauchen die Zechenverwaltungen die sonderbarsten Gründe. Was gibt an, die nördlichen Bezüge förderten bessere Resultate, erzielte dadurch höhere Gewinne, deshalb könnten sie auch höhere Löhne zahlen. Trotzdem die Kohlen durchs Kohlenjohndat zu gleichen Preisen verkauft werden, zudem die größere Kohlen der hiesigen Zechen den großen Werken angehöre, macht man solche Einwendungen. Auch wird gesagt, die Zügelverhältnisse seien im Norden besser wie im Süden. Auch dies trifft im allgemeinen nicht zu. Hier könnten wir Zechen nennen und gegenüberstellen, wo das umgekehrte zutrifft. Dann beruft sich die eine Zeche auf die andere, indem jede Zechenverwaltung sagt, man zahle höhere Löhne als die Nachbarzeche. Es hat aber den Anschein, als wollten diese Verwaltungen darin, wer den niedrigsten Lohn zahlt. So beruft sich Zeche Trappe auf Franziska Tiefbau und umgekehrt, Deutschland (jetzt Konstantin der Große) auf Bayern (jetzt Lothringen). Am vornehmlichsten verziehen es die Verwaltungen von den Zechen Planzenburg, Alte Gasse und Johannestagen, eine beruft sich auf die andere, dass sie die höchsten Löhne zahlten. Dabei werden auf diesen Zechen die niedrigsten Löhne verdient. Der Gauer-Durchschnittslohn steht nach Angabe der Arbeiter auf 7-8 M. pro Schicht. Auf Johannestagen sollen, wie mitgeteilt wird, die meisten Gauer in letzter Zeit noch unter 7 Mark verdient haben. Von Zeche Bayern wurde uns gleichfalls mitgeteilt, dass Gauerlöhne von 6,57 M. ausbezahlt wurden, vor dem Kriege hätte man beinahe auch soviel verdient, wie jetzt während des Krieges, wo fast sämtliche Waren um 100 bis 200 Prozent gestiegen sind. In ähnlicher Weise verfahren auch die Verwaltungen der Zechen Friedländer Nachbar, Gosenwinckel, Karl Friedrich und Dahlbauer Tiefbau. Auf Zeche Planzenburg jagte der Betriebsführer zu dem Ausschuss: „Auf den nördlichen Zechen müssen die Leute mehr verdienen, deswegen gebrauchen die Leute mehr und müssen mehr verdienen.“ Und gerade hier handelt die Betriebsleitung nach dem Grundsatz, von den Leitern das Unmöglichste zu verlangen, damit nur Kohlen geschafft werden, also vom Schonen der Arbeitskraft kann hier nicht die Rede sein. Dann wird auch von verschiedenen Leuten gesagt, die Bergleute an der Mäule wären meistens „Frumentier“, hätten alles, was sie wollten, wie man sich nicht vorstellen kann. Wenn aber die Zechen an der Mäule nur von den „Frumentieren“ in Betrieb gehalten werden sollten, dann würden sicher nicht die Liebersteins so groß sein. Mit solchen Wätschen versucht man, die Ausschüsse mundtot zu machen und sie abzuweifen. Das durch das Niederhalten der Löhne die Liebersteins abgewendet in die Höhe gegangen sind, zeigt folgende Tabelle:

Liebersteins der Werke.

Zechenname	Jahreslohn		Betriebsüberhöhung		Ar. Lohn	
	1914	1915	1914	1915	1914	1915
Alte Gasse	121435	121458	93346	176016	0,77	1,40
Planzenburg	116759	103398	39979	126784	0,34	1,22
Konstantin d. Gr.	2303935	1815467	7117443	7693793	3,33	3,54
Trappe	129426	101177	267974	268902	2,15	2,66
Essener St.-B.	2012263	1866964	4806643	5876947	2,30	3,10
Liebersteins						
Jahreslohn		Betriebsüberhöhung		Ar. Lohn		
1915		1916		1915		1916
183540		216545		323567		1212967
2,83		3,10		2,83		3,10

Was die bei uns auch in Frage kommende L.-G. Deutsch-Luttenburg und die Selbstständigen L.-G. für Gewinne anerkennen, ist bekannt. Aus den steigenden Liebersteins erhellt man, dass den Arbeitern wohl höhere Löhne gezahlt werden könnten und dass man die Ausschüsse nicht durch allerlei Redereien abzuweifen braucht. Man soll dem Arbeiter nicht zumuten, dass er die Last des Krieges allein tragen soll, sondern alle teilen ihn tragen, auch die Werke.

### Die Verbände der Bergarbeiterverbände im Kriegsernährungsamt.

Wie wir an anderer Stelle dieser Zeitung darlegen, hat die Herabsetzung der Kartoffelrationen im Ruhrbezirk eine lebhafteste Erregung, besonders bei den Schwerarbeitern, ausgelöst. Die vier Bergarbeiterverbände haben sich veranlasst, folgendes Telegramm an das Kriegsernährungsamt abzusenden:

„Die Bergarbeiterverbände erheben dringend um Beibehaltung der bisherigen Kartoffelration. Die angeforderte Herabsetzung hat zu großen Besorgnissen geführt, die höchst zu berücksichtigen sind zu den ernstesten Befürchtungen Veranlassung geben.“

Das Kriegsernährungsamt antwortete:

„Zum Telegramm vom 15. Januar wird mitgeteilt, dass Notstandslieferung bereits im Gange. Es Ergehung der Präsident des Kriegsernährungsamts läßt die Umrüstung des Telegramms bitten, sich am Samstag, den 20. Januar, 4 Uhr nachmittags, im Kriegsernährungsamt bei uns einzufinden.“

### Kriegsernährungsamt.

Diese Besprechung der Führer der Verbände hat denn auch abgegeben Samstag voriger Woche stattgefunden. Sie haben ausführlich die Situation im Ruhrbezirk, die auch neben dem Telegramm in einer Sitzung geschildert worden war, dargelegt und die Wünsche der Bergarbeiter in der Ernährungsfrage vorgebracht. Die Verbände wendeten sich gegen die Herabsetzung der Rationen und verlangten energisches Vorgehen gegen die hohen Preise für sogenannte „Auslandswaren“, die von Zechen und Hüttenwerken an die Verwaltungen geliefert werden. Auch die Entziehung der Brot-Zugangsmarken bei Preissteigerungen und Krankheiten wurde zur Sprache gebracht und um Abhilfe gebittet. Die Verhandlung dauerte 1 1/2 Stunden. Am Schlusse wurde erklärt, dass es nicht möglich sei, die Kartoffelration zu erhöhen, weil man die Zechen nicht veranlassen könne, man solle auch erwarten, dass die Kartoffeln bis zur nächsten Ernte zulaufen. In etwa 6 Wochen sollen die Kartoffelrationen wieder, wie jetzt auf 5 Pfund erhöht werden. Die Schwerarbeiter sollen mehr Fleisch erhalten — einschließlich pro Woche 500 Gramm —, ebenso sollen an die Arbeiter zu gesundheitlichen Zwecken — geliefert werden. Dann sollen auch an die Familienangehörigen Suppenzettel ausgeteilt werden. Wer die eingetragenen Kartoffelzettel zu früh ausgeht hat und erst in 14 Tagen bis 3 Wochen solche beantragen kann, der soll noch genauer Nachsicht der Stellenbehörde die niedrigste Ration bewilligt erhalten. Ebenso erhalten die Gemeinden, die wegen des Mangels und des Preiswanges nicht genug Kartoffelzettel haben, als Ersatz Fleisch, Erhöhung der Fleischrationen und Suppenzettel an die Gemeinden kann in 2 bis 3 Wochen stattfinden.

Erst das Ergebnis der Verhandlungen. Das Kriegsernährungsamt will eine genaue Bekanntmachung über die in der Ernährungsfrage geschehenen Beschlüsse machen und werden wir darauf zurückkommen.

Wenn die vom Kriegsernährungsamt abgegebenen Erklärungen und Versprechungen eingehalten werden, dann dürfte das zur Beruhigung der Arbeiterbevölkerung sehr beitragen.

### Kartoffelration in Berlin.

In unserem Artikel „Kartoffelration“ wird gesagt, daß in Berlin die Kartoffelration auf 4 Pfund pro Kopf und Woche herabgesetzt ist. Das bezieht sich auf eine frühere Meldung; kurz vor Redaktionsschluss erfahren wir, daß nunmehr auch für die Reichshauptstadt die 3-Pfund-Ration gegeben wird.

### Wo gearbeitet wird.

Im letzten Vierteljahr hatten im Gladbecker Bezirk Aufnahmen zu bezeichnen die Zahlstellen: Westhausen 10, Vottrop I 38, Vottrop II 61, Buer 34, Wülfe 8, Lutendorf 3, Braud 24, Dorsten 11, Erle I 16, Erle II 5, Egen 47, Gladbeck I 18, Gladbeck II 33, Gortl —, Sportarmet 2, Haffel 22, Osterfeld 13, Messe 8, Scholten 36 und Zwedel 15. In den Zahlstellen, wo die Zahl der Aufnahmen recht niedrig ist, „war nichts zu machen“, weil die Kameraden nicht leeren. Im ganzen Jahre 1916 wurden im Bezirk 2175 Aufnahmen erzielt. Die Mitgliederzahl stieg, nach Abzug aller Abgänge, um 1335. Aufnahmen im ganzen Jahre erzielten: Westhausen 52, Vottrop I 94, Vottrop II 221, Buer 200, Wülfe 55, Lutendorf 93, Braud 140, Dorsten 53, Erle I 73, Erle II 27, Gortl 203, Gladbeck I 99, Gladbeck II 126, Gortl 48, Sportarmet 76, Haffel 170, Osterfeld 70, Messe 45, Scholten 215 und Zwedel 140.

### Was sich Bergwerksverwaltungen erlauben.

Auf Grube Sicilia bei Weggan wurde folgende Bekanntmachung an die Belegschaft erlassen:

„Da von verschiedenen Arbeitern, die reklamiert sind, Verbindungen eingegangen sind, machen wir nach Rücksprache mit dem stellvertretenden Generalkommando des 18. Armeekorps zu Frankfurt a. M. hierdurch bekannt, daß eine Liebersteins nach anderen Vertrieben für reklamierte Leute ohne Einwirkung der Bergwerksverwaltung nicht statthaft ist. Wenn reklamierte Leute auf ihrer Entlassung bestehen, so fällt hierdurch der Reklamationsgrund weg und es erfolgt naturgemäß wieder die Einziehung zum Heeresdienst.“ Weggan, den 16. Januar 1917. Die Grubenverwaltung.“

Wenn diese Bekanntmachung die Zustimmung des stellvertretenden Generalkommandos des 18. Armeekorps zu Frankfurt a. M. gefunden hat — was wir nicht glauben —, so steht sie mit dem Grundsatzes wie auch mit den Zusicherungen, die den Bergwerkstagen durch andere Generalkommandos und höheren Orts gegeben worden sind, im krassen Widerspruch. Die Sache steht sich so an, als ob die Bergwerksverwaltung der genannten Grube gewisse Vorteile der Bergwerksverwaltung im Ruhrbezirk zu eigen machen will. Und da hoffen wir, daß ihr derselbe Erfolg beschieden sein wird, wie unseren Bergarbeitern.

### Abgelehnt.

Wie die Angehörigen der Gewerkschaften, so sind auch häufig genug unsere Vertrauensleute die Zielobjekte schamloser persönlicher Angriffe. Manche der Verleumder sind so geistig, daß sie sich ihre Verleumdungen gegen die Organisationsführer förmlich aus den Fingern saugen. Auch Frauen, die von der Organisation häufig nicht den klaren Sinn haben, beteiligen sich an solchen Angriffen. Treiben sie es zu toll, dann muß man allerdings hin und wieder zugreifen und die Verleumder vor Gericht stellen. In diesem Schritte hat sich der Vertrauensmann des Verbandes in Suderwick veranlaßt gefühlt, und zwar gegen eine Frau A., im gleichen Ort wohnhaft. Sie hatte gesagt: „Männer (der Vertrauensmann) feiere jeden Augenblick Kranz und seine Kinder hätten jeden Augenblick neue Socken an. Männer wäre Vertrauensmann und packe in den großen Verbandstasche der Bergarbeiter, sonst wäre das nicht möglich.“ Vor Gericht gestellt, wurde sie für ihre Verleumdung natürlich nicht den geringsten Beweis zu erbringen. Unter Vertrauensmann gab sich trotzdem damit zufrieden, daß die Frau eine Ehrenerklärung in der Bergarbeiter-Zeitung abgegeben solle, um sie vor der Welt zum Richter in der Verhandlung mehrfach angeklagten Strafe zu schützen. Die Frau aber verweigerte diese Erklärung und wurde deshalb zu 30 Mark Geldstrafe und zur Ertragung der Kosten verurteilt. Der Richter hat sich Mühe gegeben, um die Frau zu belächeln, aber es half nichts und man hat sie zu zahlen, wo sie das Geld doch wirklich nötig hat. Man soll es kaum glauben, daß Leute, die doch alle mit sich selbst zu tun hätten, Zeit und Gelegenheit suchen, um die Ehre ihrer Mitmenschen herunterzureißen zu können.

### „Wirtschaftsfriedliches“ Gend.

Wir haben in voriger Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ auf den Jammer hingewiesen, der die führenden Organe der „Wirtschaftsfriedlichen“ Werksvereine erfüllt, weil diese bei Verletzung der Ausschüsse — wie sie das Wirtschaftsfriedliche vorschreibt — nicht jene Beachtung gefunden haben, nach der die „Wirtschaftsfriedlichen“ sich so bemühen. Daran hat sie derartig in Put geraten, daß sie die Regierung wie die Gewerkschaften der Arbeiter mit allerhand Beschimpfungen und Verleumdungen hefteten. Das hat selbstverständlich die Arbeiter nicht gereizt. Als kürzlich der Minister des Innern — dem berufenen Ausschuss des Kriegsernährungsamts, das beim Polizeipräsidium in Berlin ansitzt, u. a. auch die Sozialdemokraten Kallies, Wg. Schmidt und den Gewerkschaftsangehörigen Dr. Müller, außerdem Gieseler von den „Wirtschaftsfriedlichen“ Gortmann von den „Wirtschaftsfriedlichen“ Werksvereinen und Waldemar Zimmermann berief, da fanden die „Wirtschaftsfriedlichen“ abermals unter der Latz, daß sie übergegangen waren. Das hat sie nun nach untröstlicher gemacht. Das Organe der „Wirtschaftsfriedlichen“, kann sich nicht lassen, daß gerade der Herr Minister des Innern so verfahren ist, der sich bisher doch Organisationen gegenüber unparteiisch und wohlwollend verhalten hat.

„Wir müssen“, so schreibt das Essener Werksvereinsblatt in seiner letzten Nummer, „daher annehmen, daß der Einzug der Strafgerichtshof die Regierung angewiesen hat, die Ausschüsse der Wirtschaftsfriedlichen Arbeiter vom Kriegsernährungsamt bei der preussischen Regierung darzustellen. Da wir unsere Meinung über die abschließliche Ausschaltung unserer Bewegung bei fast allen Beratungen, zu denen die Verbände Arbeiter zusammengekommen haben, bereits deutlich gemacht haben, kann es genügen, wenn wir diesen neuen Fall — vollständig zu den Akten nehmen.“

Wir verstehen diesen Schmerzerguß, aber nicht, daß die Werksvereine immer noch nicht verstehen, warum ihnen diese Behandlung zuteil wird und warum es ankommt, warum sie diese Mißbeachtung verdienen. Nur die Erfolge letzten die Götter den Schwerg. Das heißt, wer anerkannt werden will als Vertreter der Arbeiterinteressen, muß den Ausschüssen hinhören können, daß er bisher christlich um die Forderung und Verteidigung der Arbeiterinteressen bemüht war und um solche gekämpft hat; der darf nicht dastehen, noch Wohlwollen anderer abhängig, deren Interessen andere Wege als die der Arbeiter selbst und der darf sich nicht mit Recht nachfragen lassen, daß es ihm bisher auch um selbständige, wirksame Arbeitervertretungen in den letzten Institutionen gar nicht zu tun war. Es steht es hoch, wie das die ganze bisherige Stellung der Werksvereine zu den Interessen der Arbeiterbevölkerung, Arbeitslosenunterstützung der Arbeitslosen zeigt. Jetzt ein einmal möchten sie, die doch nur auf die Vorteile ihrer Amtsinhaber sich stützen, die „Wirtschaftsfriedlichen“ Liebersteins, die Reklamationsvermittlung, sozialpolitischer Maßnahmen beweisen, diese „als überflüssige Ertragsgewinn der Sozialdemokratie“ betrachten, mit den jüngsten Freunden des sozialpolitischen Fortschritts an einen Tisch zu setzen. In welche Welt mag das kommen? Es ist auch nicht wahr, daß das Werksvereinsorgan den „neuen Fall“ der Werksvereine guttural gebunden Behandlung zu den Akten hat. In letzter Nummer bringt es einen langen Artikel, der der „Wirtschaftsfriedlichen Zeitung“ entnommen ist und der ein großes Szenario enthält, daß die völlig unzulässige Werksvereine nach Gebühr behandelt werden muß. Also so ganz, wie scheint es mit dem Gendarm nicht her zu sein.

### Reisereisn Sollen. Glende Löhne.

In der Ausgabe an den herkömmlichen Termin, allgemeine Aufhebung der Bergarbeiter-Löhne, ist noch auf die herkömmlichen Löhne auf Seiten der Arbeiter in Potsdam hingewiesen. Dieses Wort ist schon seit längerer Zeit bekannt, die höchsten

Löhne mit zu zahlen, welches durch nachstehende Zahlen wiederum bewiesen wird. Es wurden im Dezember folgende Löhne verdient:

Ortsnummer	Steigerarbeiter I		Steigerarbeiter II		Steigerarbeiter III	
	Dts.	Gewinn in Prozent	Dts.	Gewinn in Prozent	Dts.	Gewinn in Prozent
1	64,1	41	60,9	71	59,8	
2	55,4	42	52,9	140	61,7	
3	51,1	45	56,5	184	53,4	
4	65,0	50	53,9	181	59,9	
7	80,6	90	76,6	280	52,5	
8	57,9	91	62,2	281	60,5	
9	53,1	92	52,4	282	56,0	
12	67,2	93	61,6	283	56,1	
10a	52,6	94	62,2	284	57,6	
13	51,4	95	70,2	285	52,8	
23	54,9	143	57,3	286	53,8	
81	104,1	144	58,0			
110	52,6	145	57,3			
112	72,9	146	56,3			
120a	50,4					
180	50,0					
183	59,7					

Die Gewinne der Sonntagförderung sind auch nicht besser und bei 22 Zimmerlingsgehenden ist ein einziges dabei, welches 69,1 Proz. Gewinn zu verzeichnen hat. Die anderen haben herunter bis zu 40,1 Prozent erhalten. Daß diese vorliegend angegebenen Gewinne in den einzelnen Steigerarbeiten verdient wurden, hat die Zechenverwaltung in mehreren Orten nach 10 bis zu 130 Mark aufgebessert, ein Beweis, wie niedrig die Gehälter gestellt gewesen sind. Um die Wirkung der genannten Gewinne kennen zu lernen, sei noch folgendes bemerkt: Wenn z. B. ein Gauer 3 M. Schichtlohn hat und er verdient 50 Prozent, so beträgt sein verdienter Lohn pro Schicht 4,50 M. Die meisten Gauer haben nun einen Schichtlohn von 8,00 bis 9,30 M., einzelne auch 3,40 M., und kann sich dann jeder ausrechnen, was bei obigen Gewinnfähigen verdient wird. Die Bergarbeiter erklären: „Der Gauer, der reklamiert, die Bergarbeiter und der Schichtgehenden, das sind sehr unsere Lohnbrüder.“ Auf diesem Werk sowie auch noch auf verschiedenen anderen ist dringende Besserung nötig, denn mit solchen erbärmlichen Löhnen müssen die Arbeiter zugrunde gehen.

### Literarische Eingänge.

Konrad Haenisch, mit welchem sich die „Bergarbeiter-Zg.“ früher häufig über gewerkschaftliche Streitfragen auseinandersetzen mußte, hat im vorigen Jahre ein aufsehen erregendes Buch, betitelt: „Proz. Deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkrieg“ herausgegeben. In dem Buche behandelt Haenisch die Kriegstragen vom sozialistischen Standpunkt. Wir können seinen Darlegungen nicht in allen Punkten zustimmen, jedenfalls ist das Buch aber eine sehr anregende Lektüre. Jetzt hat Haenisch eine billige Volksausgabe seines Buches veranfaßt. Während der frühere Buchhändlerpreis 2,50 M. betrug, kostet die Volksausgabe nur 1,20 M. Wer die Ansichten eines früheren Wortführers der „radikalen Linken“ in der Sozialdemokratie über die Ursachen und Folgen des Krieges kennen lernen will, und das ist notwendig für jeden politisch tätigen Volksgenossen, der schafft sich das Buch von Konrad Haenisch an. Es ist in jeder Buchhandlung zu haben.

### Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 4. Woche (vom 21. bis 27. Januar 1917) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Entrichtung der Beiträge und machen an dieser Stelle besonders auf den § 5 unseres Statuts aufmerksam, wonach die Mitgliedschaft erlischt, wenn ein Mitglied 8 Wochenbeiträge schuldet. Mit Vermeidung der Mitgliedschaft erlischt sofort jedes Recht an den Verband.

Wir machen darauf aufmerksam, daß mit dem 31. Januar 1917 das Geschäftsjahr 1916 abgeschlossen wird. Es müssen die fälligen Beiträge bis dahin einbezahlt und an die Hauptkasse abgeliefert sein. Abrechnungen, die nach dem 31. Januar hier eintreffen, werden für 1916 nicht mehr verrechnet. Wir bitten daher alle Kameraden, die Vertrauensleute in der pünktlichen Abführung der Beiträge an die Hauptkasse zu unterstützen. Nach müssen bis zum genannten Termin alle restierenden Beiträge entrichtet sein. Ferner machen wir noch darauf aufmerksam, daß in diesem Jahre 53 Wochenbeiträge zu zahlen sind. Hauptkasse.

### Rechtschutz betreffend.

Für den Bezirk Cassel finden die Sprechstunden für den Rechtschutz nunmehr wieder jeden Montag und Dienstag von vormittags 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr statt; für Herne jeden Mittwoch vormittags von 10 bis 12 Uhr; für den Bezirk Kettlinghausen jeden Donnerstag, Freitag und Samstag, vormittags von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr statt. Mitgliedsausweis ist stets mitzubringen. Auch werden die Rechtschutzbuchenden in ihrem eigenen Interesse gebeten, sich an die vorstehend angegebenen Tage und Stunden zu halten, um unbedingte Wege zu sparen.

Für Gattlingen finden die Sprechstunden jeden Dienstag, von 10 bis 1 Uhr, beim Wirt Kellermann, Bahnhofstraße, statt. — Für Spradshof finden die Sprechstunden jeden Dienstag, von 3 bis 6 Uhr, beim Wirt Kellermann (Nähe des Bahnhofs), statt.

Oberhausen. Rechtschutz wird auf dem Oberhausener Rechtschutzbüro Dienstag und Freitag jeder Woche von 9 bis 12 Uhr und von 3 bis 7 Uhr erteilt; für Hamborn jeden Montag und Samstag von 9 bis 12 Uhr und von 3 bis 7 Uhr.

### Bücherrevisionen.

Zu folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben: Berg-Hebde. Vom 20. Januar bis 11. Februar. Essen-Solterhausen. Vom 25. Januar bis 10. Februar. Kahl. Vom 25. Januar bis 10. Februar. Kahlingshausen. Vom 23. bis 30. Januar.

### Bibliotheken.

Herne. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß jeden Sonntag, vormittags von 11 bis 12 Uhr die Bibliothek geöffnet ist. Es wird ersucht, recht zahlreichen Gebrauch davon zu machen.

### Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Unter Forzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden: Alfenhausen. Die Auszahlung der Krankenunterstützung erfolgt jeden ersten Sonntag im Monat, von 10 bis 12 Uhr vormittags, beim Kaffeehaus Kameraden Friedrich Frotzler, Bittener Straße 95. Essen-Solterhausen. Die Auszahlung der Krankenunterstützung erfolgt jeden letzten Sonntag im Monat in der Wohnung des Kameraden Friedrich Trautmann, Rämpestraße 26, parterre. Herne-Dorf. Die Auszahlung der Krankenunterstützung erfolgt jeden letzten Sonntag im Monat, vormittags von 11 bis 12 Uhr, beim Vertrauensmann Krichm in Solterhausen, Bittoriastraße 7.

### Kassendarmen.

In folgenden Zahlstellen werden Kassendarmen gestellt: Wambel. Ab 1. Februar wird ein Kassendarm von 5 Pf. pro Woche und Mitglied erhoben.

### Kranzpendenarmen.

In folgenden Zahlstellen werden Kranzpendenarmen 10 Pf. gestellt: Ellwede. Bis auf weiteres ist jeden Monat eine Kranzpendenarmen zu haben. Spierbedermark. Bis Januar und Februar.